

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Rot-grüne Friedenspolitik? Kriegsvorbereitungen in entscheidender Phase

3

Wahlen in Israel: Jenseits von Sharon – die alten Probleme

7

Hamburger Sozialpolitik: Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen steigt – Leistungen werden gekürzt

12

Freiburger Finanzkrise: auf der Suche nach den verlorenen Millionen

16

Kerneuropa, Resteuropa, Irak-Kontroverse

18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

ARBEITSRECHT. Interessant ist der Gesetzentwurf des Bundesrates, durch den „Überreglementierungen“ im Arbeitsrecht abgebaut werden sollen (15/406). Er stellt die Verhandlungslinie dar, mit der die Union und die FDP die Bundesregierung in Front zu den Gewerkschaften treiben möchten. „Heute im Bundestag“ berichtet über den Inhalt des Entwurfs:

So tritt die Länderkammer dafür ein, die für mittelständische Betriebe „kostentreibenden Teile“ der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 2001 zurückzunehmen. Darüber hinaus sollen beschäftigungsorientierte Abweichungen von Tarifverträgen zugelassen werden, wenn dabei die Tarifautonomie beachtet wird. Betriebliche Bündnisse für Arbeit und beschäftigungssichernde Betriebsvereinbarungen will der Bundesrat gesetzlich absichern. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz soll liberalisiert und dereguliert werden, heißt es weiter. Dazu seien Fristenregelungen an die für normale Arbeitsverhältnisse geltenden Regelungen anzupassen. Die Höchstverleihdauer für Arbeitnehmer sei von 24 auf 36 Monate zu erweitern und das Verbot der „Synchronisation“ von Leihvertrag und Arbeitsvertrag aufzuheben.

Ebenso befürwortet der Bundesrat eine Beschränkung von aus seiner Sicht zu weit gehenden Regelungen im Gesetz über Teilzeit und befristete Arbeitsverträge. Älteren Arbeitnehmern soll durch eine Öffnungsklausel die Wahlmöglichkeit eingeräumt werden, gegen die vorherige Vereinbarung einer Abfindung auf Kündigungsschutzgründe zu verzichten. Damit wollen die Länder die Bereitschaft der Arbeitgeber fördern, Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, unbefristet einzustellen. Die Regelungen zur Scheinselbständigkeit sollen schließlich aufgehoben werden. Die Bundesregierung lehnt den Gesetzentwurf (erst einmal) ab.

EINSPERREN, ANZEIGEN! Unter Federführung von Frau Justizministerin Zypries haben die Regierungskoalitionen einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des Sexualstrafrechts (schamhaft: „Fortentwicklung“ genannt) vorgelegt (15/350). Erstens sollen die Strafen bei sexuellem Missbrauch von Kindern erhöht werden, als ob das irgendetwas nützen würde, wenn zugleich die Mittel für Therapien in den Strafanstalten weiter knapp gehalten werden. Besonders problematisch ist die Einführung eines neuen Straftatbestandes „Nicht-Anzeigen“ eines geplanten sexuellen Missbrauchs von Kindern. Wir zitieren aus einer Stellungnahme des Deutschen Anwaltsvereins: „Entschieden abzulehnen ist die geplante Anzeigepflicht, die geradezu ein Überwachungssystem veranlassen kann. Nach der Vorstellung der Bundesregierung muss jedermann (z. B. Nachbar, Verwandter etc.) bei Meldung eigener Strafverfolgung eine Anzeige erstatten. Bei se-

xuellem Missbrauch und bei Vergewaltigung darf niemand wegsehen. Der DAV warnt jedoch dringend davor, dass die geplante Anzeigepflicht bei oft unbesonnenem und häufig mehr durch Hysterie geprägtem Umgang mit einem sexuellen Missbrauchsverdacht zu vielerlei Fehleinschätzungen und allzu leichtfertig zu Denunziationen führen kann. Das gilt erst recht, wenn zu befürchten ist, dass die Angst vor der eigenen Bestrafung zu vielerlei haltlosen Anzeigen führen wird. Aus Sicht des DAV kann wirklicher Schutz für Kinder – nämlich die Verhinderung von Sexualstraftaten – nicht in einer nur an Einzelfällen orientierten Gesetzgebung und auch nicht in immer weiterem Heraufsetzen von Strafrahmen bestehen. Effektiverer Schutz könnte durch die Schaffung von mehr (ambulanten) Therapieeinrichtungen und (ärztlichen) Kontaktstellen geschaffen werden, an die sich Menschen wenden können, die nicht zum Täter werden und sich im Vorfeld helfen lassen wollen. Dazu würde aber auch eine veränderte Gesellschaftspolitik gehören, die Sexualtäter nicht immer wieder aufs Neue stigmatisiert, sondern ihnen – da, wo es noch geht – vorbeugend helfend begegnet. Derlei Konzepte finden sich in dem Gesetzesentwurf jedoch nicht.“

GANZTAGSSCHULE. „Pädagogische Konzepte statt Billiglösungen“ das fordern die vier Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Deutsche Kinderschutzbund und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie mehr als 30 weitere Verbände aus der sozialen und kulturellen Arbeit in einem gemeinsamen Aufruf, der am 7. Februar in Frankfurt verabschiedet wurde. Ihre Forderungen umfassen drei Kernpunkte: 1. Schule muss Lebensort für alle Kinder werden und – ausgehend von ihren unterschiedlichen Lebenslagen – Förderung und Entwicklungschancen bieten. Schule ist mehr als eine Teilzeit-Verwahrnastalt mit Bildungsfunktion. 2. Die Kindertageseinrichtungen müssen als Orte der Bildung und Persönlichkeitsförderung anerkannt und ausgestaltet werden. 3. Die bisherige Trennung zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule muss durch eine verbindliche Kooperation und Verzahnung überwunden werden. Beide Systeme können und müssen einander ergänzen. Ganztagsangebote müssen auf der Basis eines pädagogischen Konzepts Lern-, Förder- und Freizeitangebote integrieren.

KRIEGSDIENSTVERWEIGERER: Im Jahr 2002 haben in der Bundesrepublik 189644 Wehrpflichtige einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt, das sind 7224 Anträge mehr als im letzten Rekordjahr 2001. Damit verweigerten mittlerweile circa die Hälfte eines Wehrpflichtigenjahrgangs den Kriegsdienst an der Waffe, so die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär.

Kriegsvorbereitungen in entscheidender Phase

Die Türkei wird Frontstaat und Kriegspartei

Am Donnerstag, 6. Februar, hat das türkische Parlament unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den Stimmen von 308 der 550 Abgeordneten beschlossen, den USA Stützpunkte und Häfen der Türkei für den Aufmarsch gegen den Irak zur Verfügung zu stellen. 4000 US-Pioniere werden in den nächsten drei Monaten die türkischen Mittelmeerhäfen und Luftstützpunkte für die Stationierung von zunächst 350 Kampfflugzeugen und 40.000 US-Soldaten ausbauen. Die Zustimmung der Türkei ermöglicht den USA, mit der Errichtung einer Nordfront gegen den Irak zu beginnen. „So können sie in einem Zangenangriff von Norden und Süden gleichzeitig gegen Bagdad vorstoßen, mit doppelter Wucht. Aus dem türkischen Luftraum und von türkischen Flughäfen aus können amerikanische Flugzeuge Ziele im Irak angreifen, von türkischem Boden aus amerikanische Spezialeinheiten in den Irak vordringen, um Ölfelder und weitere strategische Punkte zu besetzen.“¹

Nicht nur im Irak, auch in Iran und Syrien ruft diese Entwicklung große Besorgnis hervor. In der türkischen Öffentlichkeit, in den Parlamentsparteien, der Wirtschaft und in der Armee bis in die Generalität hinein überwiegen die Kritik an der Irak-Politik der USA und die Ablehnung einer türkischen Beteiligung am Krieg. Das ist der Hintergrund dafür, dass die Entscheidung des Parlaments so spät fiel – schließlich drängen die USA seit Monaten auf die Genehmigung – und dass eine starke parlamentarische Minderheit trotz fast schon flehender Appelle von Ministerpräsident Gül und dem Chef der islamischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, Erdogan, die Zustimmung verweigerte. Die Kommentare auch der internationalen Presse stellen heraus, dass die USA der Türkischen Republik praktisch keine Wahl gelassen hätten: „Die türkische Wirtschaft hängt von weiteren Krediten des Internationalen Währungsfonds ab, auf die sie nur im Fall politischer Gefügigkeit Ankaras gegenüber Washington zählen kann.“² 16 Mrd. \$ hat der IWF der Türkei für den Fall der Zustimmung in Aussicht gestellt. Darüber hinaus „erwartet“ die türkische Regierung einen Schuldenerlass auf Rüstungskredite in Höhe von 4 Mrd. \$ und Kompensationszahlungen für kriegsbedingte Ausfälle der Wirtschaft, hat dafür aber keine Zusage erhalten.¹

Mit dem Beschluss, den USA Stützpunkte zur Verfügung zu stellen, ist indirekt wohl auch die Entscheidung für die Beteiligung der türkischen Armee am Irak-Krieg gefallen. Wenn es zum Krieg komme, müsse die Türkei dabei sein, um

ihre Interessen zu wahren, eine „neutrale Türkei“ habe bei einer Neuordnung des Irak nichts mehr mitzureden, sagte Ministerpräsident Gül. Der türkischen Presse zufolge plant die Armee die Besetzung des Nordirak – hier stehen bereits türkische Einheiten –, um die Bildung eines unabhängigen kurdischen Staates zu verhindern und um womöglich Mossul mit den dortigen Ölfeldern unter Kontrolle zu bringen.

Doch trotz dieser eigenen Gelüste und Interessen macht der ganze Vorgang deutlich, dass die Türkei in ihren Entscheidungen alles andere als frei ist. Mit dem „Kampf gegen den Terror“ und dem Krieg gegen den Irak verbindet sich ein Konzept der Veränderung der Weltordnung, das nicht nur einzelne Staaten ins Visier nimmt und ihre Verwandlung in ein Protektorat vorsieht, sondern die Neuorganisation der Staatenwelt in Staaten erster, zweiter und dritter Klasse. Die Perspektive der Türkei – als Frontstaat und



Täglich finden in der Türkei Protestaktionen gegen den drohenden Irakkrieg und die türkische Beteiligung statt. Über 90% der Bevölkerung lehnen Meinungsumfragen zufolge den Krieg ab. Rund 1000 Menschen sollen inzwischen als „lebende Schutzschilde“ in den Nordirak gezo-gen sein. Bilder: indymedia Istanbul.

Kriegspartei – ist die Abhängigkeit. Die USA zwingen sie in Hilfsfunktionen hinein, treiben sie in einen womöglich endlosen Konflikt nicht nur mit dem Irak, sondern auch mit Syrien und dem Iran, und beteiligen sie an der Aufrechterhaltung des Protektorats, das sie im Irak errichten wollen, lassen sie zahlen und halten sie zugleich an der kurzen Leine.³

Die Türkei bezahlt letztlich für ihren blutigen Krieg gegen die Kurden. Konkret, weil dieser Krieg die Hauptursache für die tiefe wirtschaftliche Krise und die gewaltige Verschuldung der Türkei ist, die sie von den USA und anderen Großmächten abhängig macht. Allgemein, weil dieser Krieg die einzige fortschrittliche Alternative zur imperialistischen Neuordnung der Region auf geraume Zeit zerstört hat. Die PKK hatte, daran muss gerade heute erinnert werden, die Perspektive einer demokratischen Mittel-Ost-Föderation entwickelt, d.h. der Verbindung von Menschen- und Bürgerrechten der dort lebenden Menschen bzw. politischen Kollektive mit der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der ganzen Region. Aber vielleicht nimmt diese Alternative in den politischen Auseinandersetzungen in der Türkei erneut Gestalt an. Eine demokratische Mittel-Ost-Föderation wurde derweil zu einer der Hauptlosungen der linken türkisch-kurdischen Partei DEHAP.

Rot-grüne Friedenspolitik?

Laut dpa begründete Bundeskanzler Schröder das „Nein“ zum Irak-Krieg mit weltpolitischen Ambitionen der USA. Man stehe vor der „historischen Situation“, ob eine Welt vorstellbar sei, die von einer Macht geprägt ist, oder ob Konflikte international gelöst werden.⁴

Aber was ist mit der rot-grünen Außenpolitik, misst man sie daran, ob sie wirklich dazu beiträgt oder einen Weg dazu aufweist, Konflikte international zu lösen?

Aus all den verschiedenen Wahlkampfreden, Verlautbarungen, Interviews, Ankündigungen von Regierungserklärungen und Hinweisen auf geheime oder nicht geheime Pläne schält sich heraus: Die Bundesregierung will mehr Zeit für die UN-Inspektoren. Sie will mehr Inspektoren. Sie will mehr Kompetenzen für die Inspektoren und mehr Schutz, UN-Blauhelme mit deutscher Beteiligung. Sie unterstützt das Ziel der vollständigen Entwaffnung des Irak, der Einschränkung seiner Souveränität, den Umbau des Staatsapparates, der Einsetzung einer ausländischen Aufsicht und des „Wiederaufbaus“ unter internationaler Kontrolle, kurz: das Ziel der Errichtung eines Protektorats. In dieser Hinsicht gibt es keine nennenswerte Dif-



ferenz mit den Kriegszielen der USA. Für die einen wie für die anderen ist es abgemachte Sache, dass es eine eigenständige, selbstbestimmte Entwicklung des Irak nicht geben wird. Damit aber wird der Konflikt, den international lösen zu wollen die Bundesregierung vorgibt, ausgedehnt und verschärft.

Denn worin besteht der Konflikt? Eine akute oder auch nur absehbare Bedrohung des Friedens in der Region oder gar des Weltfriedens durch den Irak besteht nicht, jedenfalls nicht mehr. Wie gesagt, kein Land ist in der Geschichte der UNO so gründlich abgerüstet worden wie der Irak zwischen 1991 und 1998; die UN-Inspektoren kontrollieren zur Zeit penibel des Abrüstungsprozess, und selbst die größten und technisch wie personell bestausgerüsteten Geheimdienste der Welt können bis heute keinen Beweis für die Existenz einsatzbereiter Massenvernichtungswaffen im Irak vorlegen. Hätte man die Frage der Abrüstung des Irak von vornherein mit der Perspektive der Aufhebung der Sanktionen verbunden, wäre der Irak-Konflikt höchstwahrscheinlich vor Jahren zum Wohle des Irak und der ganzen Region gelöst worden. Umgekehrt destabilisiert die Unterwerfung des Irak, über die sich die Westmächte bei aller möglichen Konkurrenz untereinander völlig einig sind, die ganze Region. Sie leitet, so fürchtet nicht nur die arabische Welt, eine Kette von Konflikten und die von Gewalt begleitete Neuordnung der Region ein. Das zum einen.

Zum anderen: Der diktatorische Charakter und die Verbrechen des Regimes Saddams Husseins sind nicht zu bestreiten. Die Unterdrückung und das Giftgas-Massaker an den Kurden, die Repression der Schiiten, die Ausbildung der gleichschaltenden Staatsideologie des Arabismus, die Außerkräftsetzung elementarster Menschen- und Bürgerrechte, das alles ließ und lässt das Regime auch zu einem großen Problem für die Bevölkerung des Landes werden. Aber die Errichtung eines Protektorats bietet nicht sozusagen den Schutzschirm, unter dem die inneren Konflikte gelöst und die Probleme behoben werden können. Eine demokratische, selbstbestimmte Entwicklung im Innern ist ohne Souveränität, oh-

ne äußere Selbstbestimmung, ohne freie Entscheidung über den einzuschlagenden Entwicklungsweg nicht denkbar.

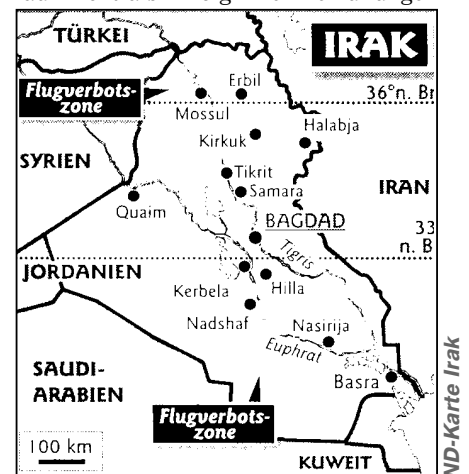
Ginge es der BRD um die Unterstützung einer demokratischen Entwicklung des Irak, dann müsste sie zuallererst die Grenzen für Flüchtlinge und Asylsuchende aus dem Irak sperrangelweit öffnen. Das wäre ein überprüfbarer Beitrag, aber: Das Gegenteil ist der Fall. Besonders zynisch und menschenverachtend ist, dass die EU und innerhalb der EU die BRD allergrößte Anstrengungen unternimmt, dass auch im Kriegsfall keine irakischen Flüchtlinge nach Europa kommen oder auch nur den Irak verlassen (siehe ausführlicher S. 9, Irakische Flüchtlinge sollen im Kriegsgebiet festgehalten werden). Die vor Kriegshandlungen flüchtende Bevölkerung wird missbraucht, um im Dampfkessel Überdruck zu erzeugen.

Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ganz einfach, den durch die Medien vermittelten und durch die bzw. mittels der Medien inszenierten Konflikt zwischen den USA und Großbritannien auf der einen, der BRD und Frankreich auf der anderen Seite ins richtige Licht zu rücken und zu beurteilen, was dran ist und was nicht. Aber einiges fällt doch auf und sollte zu denken geben.

Da ist zum einen die Entwicklung in der EU: Im Zuge ihrer seit dem Sommer betriebene und sich vertiefende „Frontbildung“ gegen die USA ist es der Bundesregierung gelungen, Frankreich für eine gemeinsame Hegemonialpolitik in der EU zu gewinnen, und zwar in der für die Entwicklung der EU wichtigen Phase der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung (siehe dazu Thesen und ausführliche Dokumentation in dieser Ausgabe im Gliederungsteil Diskussion und Dokumentation). Dass sich die östlichen EU- und Nato-Mitglieder der „Erklärung der 8“ zur Unterstützung der US-Politik angeschlossen haben, ist nicht zuletzt auf tiefe Besorgnis vor den Hegemonialansprüchen Deutschlands zurückzuführen.

Da ist weiter die Entwicklung der Friedensbewegung im Innern, die auf der breiten Ablehnung eines Irak-Krieges in der Bevölkerung basiert und die inzwi-

schen beeindruckend anschwillt. Die oben zitierte Äußerung Schröders, dass man vor der Frage stehe, ob eine Welt vorstellbar sei, die von einer Macht geprägt ist, wurde im „Neuen Deutschland“ unter der „Nein zum Irak-Krieg heißt auch Nein zur US-Hegemonie“ gebracht. Das charakterisiert ein erhebliches Problem der Friedensbewegung und leider auch der politischen Linken. Die gegenwärtige Aufmerksamkeit richtet sich fast vollständig auf den Konflikt zwischen den USA und der BRD, oft genug mit „antihegemonialem“ Unterton. Hinzu kommt: Die Friedensbewegung ist auf ein konkretes Kriegsbild fixiert, das kurz mit der Schlagzeile „Bomben auf Bagdad“ zu charakterisieren ist und das beinhaltet, dass die USA durch ein massives Bombardement den Druck auf die Bevölkerung so erhöhen, dass demgegenüber das Risiko, das Regime zu stürzen, als gering erscheint. Aber was ist, wenn sich der Krieg ganz anders entwickelt? Wenn US-Truppen von Norden und Süden langsam vorrücken, die Flugverbotszonen zu Besatzungszonen werden und die irakischen Truppen nicht imstande sind, einer solchen Intervention Widerstand entgegenzusetzen? Würde der gegenwärtigen Friedensbewegung ein solcher Verlauf nicht als Erfolg ihrer Bemühungen



erscheinen, obwohl doch das Kriegsziel erreicht würde?

Für die weitere Entwicklung der Welt ist aber die Frage, ob es gelingt, ein System von Staaten erster, zweiter und dritter Ordnung zu errichten, von überragender Bedeutung. Um so mehr muss Besorgnis erregen, dass die Kritik der Kriegsziele nicht nur zu kurz kommt, sondern praktisch nicht stattfindet. Dazu trägt die rot-grüne Politik in erheblichem Maße bei. scc

1 NZZ, 7.2.

2 NZZ, 5.2.

3 Wie sie sich der Türkei bedienen, wollen sich die USA auch der Kurden bedienen, um das Saddam-Hussein-Regime zu stürzen. Nachdem sie PUK und KDP seit längerem in ihre Strategie einzuspannen versuchen, hat die Bush-Administration jetzt mit der PKK Gespräche gesucht, um zu erreichen, dass die PKK sich bei einem Einmarsch der Türkei nach Südkurdistan/Nord-Irak „heraushält“.

4 Neues Deutschland, 11.2.

Köln: Ein neues Bündnis soll die Stadt aus dem Sumpf ziehen

Softi-Privatisierung mit Schwarz&Grün

Im Kölner Stadtrat wurde in der letzten Woche eine neue Koalition von CDU und den Grünen präsentiert. Im Koalitionsvertrag spricht man von der „Wahrung von Schöpfung und Umwelt“. Das ist keineswegs eine geschraubte Formulierung, sondern eine reale Schnittmenge, mit einem theoretischen Fundus, den bereits Herbert Gruhl Ende der siebziger Jahre von der CDU in die Grünen einbrachte.

Ob dies von bundesweiter Bedeutung ist, hängt eher von den Begebenheiten ab als vom Prinzip. Schwarz&Grüne-Bündnisse wird es in Zukunft in größerem Umfang geben. Das liegt nicht nur an der Machtverliebtheit grüner Spitzenpolitiker, sondern auch an einer fehlenden sozialen Reformalternative der Sozialdemokraten in den Ländern und in den Kommunen im Westen.

Schwarz&Grün hat Geschichte

So haben die Kölner Grünen, die seit 1984 im Rat vertreten sind, auch ihre Erfahrungen mit der SPD gemacht, die bis 1999 in Köln jahrzehntelang herrschte – und wenn nötig mit der CDU koalierte. Die Grünen hielt man für lästig und überflüssig. Und dann kam das Jahr 1999, die Insider-Geschäfte des SPD-Oberbürgermeisterkandidaten Heugel wurden bundesweit ruchbar. SPD-Fraktionsgeschäftsführer war Norbert Rüther, der dann drei Jahre später wegen der Bestechungsaffäre rund um die Müllverbrennungsanlage ebenfalls Schlagzeilen machte. Die SPD fiel in ein tiefes Loch und konnte keinen OB-Kandidaten mehr nachnominieren. Im ersten und zweiten Wahlgang unterlag die Grünen OB-Kandidatin dem CDU-Kandidaten.

Über mehrere Jahre in der Opposition und in der Zeit des Kommunalwahlkampfes 1999 entwickelte sich eine Zusammenarbeit von Schwarz und Grün. Eher pragmatisch als theoretisch. So z.B. in der Frage eines Bürgerbegehrens zur Verhinderung jener skandalträchtigen Müllverbrennungsanlage, das die SPD-Spitzen verhindern wollten, weil sie Spendengelder von der Firma Trienckens erhielten.

Die Kommunalwahl 1999 brachte nicht nur einen CDU-Bürgermeister, sondern auch eine starke CDU-Fraktion. Die SPD brach ein. Die CDU ging ein Bündnis mit der FDP ein, die nach dem Wegfall der 5%-Klausel mit 4,1% in den Rat einzog. Auf diesem Wege kam auch die PDS Offene Liste mit zwei Abgeordneten in den Rat.¹

Die CDU hatte aber mit der FDP nur eine knappe Mehrheit von einer Stimme. Deshalb schloss sie mit den Grünen einen Kooperationsvertrag, der in dem Moment zerbrach, als CDU und FDP erklärten, sie wollten die Aktien des städtischen Wohnungsunternehmens GAG/Grubo für 500 Mio. Euro verkaufen.

Privatisierungen mit unterschiedlichen Mitteln

42.000 Wohnungen sollten verkauft werden. Die Grünen gingen mit SPD, Gewerkschaften, Mieterverein, Kirchenvertretern und PDS ein Bündnis ein. Über eineinhalb Jahre zog sich die Auseinandersetzung hin – ein Bürgerbegehren mit 63.000 Unterschriften, Gerichtsurteil

einen Privatisierungskurs eingelassen, sondern wollen auch die Mittelschichten in der Stadt versorgen, und das kommt teuer. Der Geschäftsführer der IHK, der gleichzeitig Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung ist, hat jetzt ein Strategiepapier vorgelegt, nachdem fast alle städtischen Betriebe verkauft werden sollen: „Die Kommune soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.“ Wenn die Grünen da zu 25% mitziehen, ist schon viel kaputt. Um die Grünen dahin zu treiben, müssen erst einmal ein paar Tabubrüche erzwungen werden. So schreiben CDU und Grüne im Koalitionsvertrag: „Sie werden die Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes zur Bekämpfung des Missbrauchs von Arbeits-

losenhilfe und Sozialhilfe konsequent anwenden.“³ Stimmten die Grünen vor einem halben Jahr noch gegen die Anstellung von drei Ärzten, um Sozialhilfeempfänger besondere Untersuchungen zu unterziehen, standen jetzt die zwei Ratsmitglieder der PDS Offenen Liste allein da.

Und weil die Grünen diesen Tabubruch beginnen, bekommen sie auch einen Dezernentenposten



Bild: Arbeiterfotografie für „Soziales, Wohnen und Beschäftigungsförderung“. Hier können sie ihr Klientel – Sozialarbeiter usw. – bedienen und die Sozialhilfeempfänger davor „bewahren“, die ihnen zustehende Sozialhilfe zu beziehen. Jörg Detjen, Mitglied im Rat der Stadt Köln für die PDS Offene Liste

Quellenhinweis:

1 www.pds-koeln.de

2 Kölner Stadt-Anzeiger, 6.2.2003

3 www.gruenekoeln.de

le usw., bis letztlich der Rat in geheimer Abstimmung die Privatisierung ablehnte. Zwei Ratsmitglieder der CDU stimmten gegen eine Privatisierung. Die Abstimmung wurde einige Wochen später wiederholt. Das gleiche Ergebnis. Die Privatisierung war gescheitert. Das hatte es in Köln noch nicht gegeben. Statt eines Rücktritts zog CDU-Fraktionschef Bietmann die schwarz-grüne Karte. Da im Haushalt über 500 Mio. Euro fehlen und die Stadt Renommierprojekte durchziehen will, sollte privatisiert werden.

Das sieht jetzt auch der Koalitionsvertrag mit den Grünen vor. Eine stückweise Privatisierung ist nun der Weg: 5000 Wohnungen sollen bis 2007 an die Mieter verkauft werden, das Wohnungsunternehmen soll jährliche Gewinnabführungen in Millionenhöhe leisten. D.h. Mieterhöhungen werden die Folge sein.

Gegen die Armen

Die Grünen beteiligen sich an der Vernichtung des kommunalen Wohnungsbestandes, denn „wir stellen alle zu hohe Ansprüche und sind zu wenig bereit, an dem Ganzen mitzuwirken“, erklärte die grüne Fraktionsvorsitzende Barbara Moritz.² Die Grünen haben sich nicht nur auf

CDU/CSU mit neuen Zumutungen

Besser kein Zuwanderungsgesetz

Die parlamentarischen Beratungen über das alte und neue Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung scheinen schon gescheitert, bevor sie überhaupt begonnen haben. Die Union besteht auf einem Gesetz, das die vielen rassistischen Gemeinheiten des seit Jahrzehnten geltenden „Gastarbeiterrechts“ nicht korrigiert, sondern weiter verschärft. 8 Millionen Flüchtlinge und MigrantInnen sollen auch in Zukunft Menschen

zweiter und dritter Klasse bleiben.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Anfechtungsklage der CDU/CSU gegen die Zustimmung des Bundesrats zum rot-grünen Zuwanderungsgesetz im Dezember letzten Jahres für gültig erklärt hatte, weil die Ablehnung des Gesetzes durch den brandenburgischen CDU-Rechtsaußen Schönbohm durch den amtierenden Bundesratspräsidenten Wowereit nicht korrekt beachtet worden sei, hatte die Regierung ihr Gesetz kurz danach unverändert zur erneuten Beratung wieder in die Länderkammer eingebracht. Ende Januar beriet nun erstmals der Innenausschuss des Bundesrats. Am 14. Februar kommt das Gesetz ins Plenum des Bundesrats. Mitte April sollen die Beratungen im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag beginnen.

Ob diese Vermittlungen aber überhaupt noch Sinn machen, ist offen. Denn die CDU- und CSU-regierten Bundesländer nutzten ihre Mehrheit im Innenausschuss des Bundesrats, um eine Fülle von alten und neuen rassistischen Gemeinheiten gegen Flüchtlinge und MigrantInnen zu beschließen, die nach ihren Vorstellungen in das künftige Gesetz aufgenommen werden sollen. Damit würde das neue Gesetz für Flüchtlinge und MigrantInnen endgültig ein noch größeres Unglück, als es das seit Jahrzehnten geltende Ausländer- und Asylrecht ohnehin schon ist.

So soll die minimale Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die SPD und Grüne mit der FDP 1999 nach der Kam-

pagne der Union gegen den sog. „Doppelpass“ verabschiedet hatten, in einem Kernbereich wieder rückgängig gemacht werden. Seitdem erhalten hier geborene Kinder bei der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil mindestens 8 Jahre hier lebt und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat. CDU und CSU wollen das wieder aufheben. Hier geborene Kinder sollen in Zukunft nur dann die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil in Deutschland geboren ist. Faktisch werden damit Kinder von MigrantInnen erst in der dritten Generation als „deutsche Staatsbürger“ anerkannt, erst die Enkelkinder der „Gastarbeiter“, die in den 60er Jahren geholt wurden, gelten dann von Geburt an als „Deutsche“.

Pure Infamie ist auch die Forderung der Unionsparteien, das eigenständige Aufenthaltsrecht für nachgezogene Ehegatten von 2 auf 4 Jahre zu erhöhen. Erst vor drei Jahren hatte der Bundestag die Wartefrist für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht auf 2 Jahre verkürzt, um die Abhängigkeit von Frauen, die zu ihrem Ehegatten nach Deutschland nachziehen, zu verringern. Ohne ein eigenständiges Aufenthaltsrecht trauen sich die meisten Frauen nicht, ihren Ehemann zu verlassen, auch wenn er sie z.B. misshandelt.

Weitere Änderungswünsche der Union betreffen die Anerkennung nichtstaatlicher und frauenspezifischer Fluchtgründe, die CDU und CSU ganz wieder aus dem Gesetz gestrichen haben

wollen, und das Nachzugsrecht für Kinder. Auch hier ist die deutsche Praxis schon jetzt in der EU mit Abstand am restriktivsten. Auf Druck der Union hatte die rot-grüne Regierung in ihrem Zuwanderungsgesetz das Nachzugsalter für Kinder bereits von 16 auf 12 Jahre verringert. Jetzt will die Union eine weitere Senkung auf 10 Jahre. Wer sich irgendwo auf der Welt mit der Überlegung trägt, nach Deutschland zu fliehen oder auszuwandern, soll in Zukunft neben allen anderen Sorgen und Nöten auch noch fürchten, in diesem Fall seine eigenen Kinder möglicherweise nie wieder zu sehen.

Pure Beutelschneiderei sind schließlich die Forderungen der Union, beim Nachzug von Ehegatten künftig bei der Einreise eine Art „Eintrittsgeld“ von 1.500 Euro zu verlangen, und die Idee, MigrantInnen und Flüchtlinge an den Kosten der geplanten Integrationskurse ohne Rücksicht auf ihre soziale Situation zu beteiligen. Im Entwurf der Bundesregierung ist vorgesehen, bei Sozialhilfebezug auf solche Kostenbeteiligung zu verzichten.

Der stellvertretende Vorsitzende der Türkischen Gemeinden in Deutschland, Kenan Kolat, hat die Unionsforderungen bereits scharf zurückgewiesen. Wenn die Union auf diesen Forderungen beharre, solle die Regierung besser gar kein Zuwanderungsgesetz als so eins beschließen, forderte er. Die grüne Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marie-Luise Beck, verkündete kurz danach, ihre Partei überlege, ob es nicht besser sei, die Anerkennung nichtstaatlicher und

Aktuell im Internet: Eckpunkte zur Modernisierung des Gesundheitswesens www.bmggesundheits.de

Die Sorge um die internationale Stabilität, den Frieden, die Hilflosigkeit der Regierung angesichts der schlechten Konjunktur, die Marktorientierung der Arbeitsmarktreform, die Wahltriumphe der Union und der FDP, all das sticht ins Auge. So geht fast unter, dass auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik ein neuer Ansatz linker Reformpolitik sich entwickelt. Eine große Sache. Im Zentrum steht die bislang praktisch ungelöste Frage, wie die Bereitstellung öffentlicher Güter ökonomisch effizient gewährleistet werden kann. Die Rechte hat vor diesem Problem kapituliert. Sie versucht das Problem inadäquat marktwirtschaftlich zu lösen. Aber es sind nun mal nicht die

Kranken, die zahlungskräftige Nachfrage nach Heilung darstellen können. Eine solidarische Auffassung vom Gesundheitswesen setzt dagegen die Aufrechterhaltung von Gesundheit und die Heilung oder Versorgung von Krankheit nicht nur als individuelles, sondern als gesellschaftliches, öffentliches Interesse. Dass Gesundheit im öffentlichen Interesse liegt, begründet die Finanzierung durch Steuerumlage und rechtfertigt auch den gesetzlichen Zwang zur Versicherung.

Wird das Angebot der Leistungen, die im Sinne von Gesundheit nützlich sind, nicht durch die zahlungskräftige Nachfrage der Kranken geregelt, wie wird es dann geregelt? Diese Frage stellte sich um

so dringender, um so mehr die Erbringung der gesundheitsdienlichen Leistung nicht mehr durch das persönliche, moralisch regulierbare Verhältnis von Arzt und Patient vollbracht wird.

Die „Eckpunkte ...“ setzen auf die Kooperation von Leistungserbringern und Leistungsnehmern im Heilungs- oder Versorgungsprozess und erwarten, dass sich Effizienz über Qualitätskontrollen und Aufklärung der Öffentlichkeit und offene Kalkulation erreichen lässt.

Das Papier liefert bei einem Umfang von ca. 10.000 Zeichen eine komprimierte Darstellung des Konzeptes. *maf*
(Unten die Zwischenüberschriften, die das Dokument gliedern)

Eckpunkte zur Modernisierung des Gesundheitswesens

Unsere Reform: Die Patienten profitieren doppelt – mehr Qualität führt auch zu stabilen Beiträgen:

1. Stärkung der Patientensouveränität
2. Verbesserung der Patientenversorgung – Gute Qualität für alle
3. Verbesserung der Transparenz –

Grundlagen für ein modernes Informationsmanagement legen

4. Entscheidungsfreiheit für Versicherte – Belohnung für rationales Verhalten
5. Modernisierung der Versorgung – Erweiterung der freien Arztwahl
6. Weiterentwicklung des ärztlichen Vergütungssystems – Anreize für bessere und wirtschaftlichere Behandlung
7. Verbesserung der Arzneimittelversorgung – Qualitäts- und Preisbewusstsein

stärken

8. Modernisierung der Steuerung – Schaffung eines leistungsfähigen Managements

- Zusammenfassung der Maßnahmen zur Modernisierung
- Schutz vor Missbrauch und Korruption im Gesundheitswesen
- Wirkung der Reform
- Ständiger Reformprozess notwendig
- Perspektiven für alle schaffen

frauenspezifischer Verfolgung als Asylgrund sowie Teile der geplanten Regelungen zur Förderung von Integration und Arbeitsmigration durch Verordnungen der Bundesregierung zu regeln oder auf andere Weise, jedenfalls so, dass die Zustimmung des Bundesrats nicht erforderlich ist. Ob sie dafür aber die SPD gewinnt, insbesondere Innenminister Schily, ist zweifelhaft. *rül*

Quellen: Erklärung von Kenan Kolat vom 3.2., Berliner Zeitung, 1./2.2., Süddeutsche Zeitung, Nordwest-Zeitung, 6.2.2003

Schadensersatz für Berufsverbot

Im Jahr 1992 hatte das Oberschulamt (OSA) Stuttgart in einem bereits fortgeschrittenen Einstellungsverfahren – Einzelheiten des Einsatzes in einer Berufsschule waren bereits geregelt – die Einstellung des Berufsschullehrers Christian Fortmann verweigert. Dies wurde seitens des OSA mit Zweifeln in die Verfassungstreue des Bewerbers begründet, die sich dort eingestellt hatten, nachdem die während der Referendarausbildung von 1983 bis 1985 geführte Personalakte beim OSA Stuttgart eingegangen war. In dieser Personalakte befanden sich geheimdienstliche Mitteilungen des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg aus dem Jahr 1985, die das Innenministerium aufgrund einer Regelanfrage im Zusammenhang mit einer seinerzeitigen Bewerbung um eine Stelle im Schuldienst dem Oberschulamt Freiburg kolportiert hatte.

Ihrer Qualität nach handelte es sich bei diesen als „Erkenntnisse“ apostrophierten Mitteilungen um Behauptungen über Teilnahme an Versammlungen des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BKW), über deren Quelle, Zustandekommen, Belege zu ihrer Verifizierung keinerlei Angaben gemacht wurden. Zu der im Rahmen des Einstellungsverfahrens vorgeschriebenen Anhörung war es 1985 nicht gekommen, weil zu der Zeit keine Lehrer eingestellt wurden und die Bewerbung mit eben dieser Begründung abgelehnt worden war. Eine Mitteilung über das Vorliegen der geheimdienstlichen Mitteilungen und deren Aufnahme in die Personalakte hatte das Oberschulamt Freiburg seinerzeit jedoch unterlassen.

Im Jahre 1992 nun nahm das OSA Stuttgart im Rahmen der neuerlichen Bewerbung diese ungeprüften Behauptungen zum Anlass, das Einstellungsverfahren zu blockieren und wiederum eine weitere Anfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz zu stellen. Nach längerem Zögern lieferte das Landesamt weitere so genannte „Erkenntnisse“ – ebenso unausgewiesene Geheimdienstprodukte wie die des Jahres 1985. Bezüglich

der „Quelle“ dieser Behauptungen machte das OSA die dürftige Mitteilung, dass sie nunmehr nicht mehr verfügbar sei, sie habe aber seinerzeit „im allgemeinen zuverlässig berichtet“.

Mit Urteil vom 15.4.1999 hatte das Verwaltungsgericht Stuttgart entschieden, dass die Nichteinstellung im Jahr 1992 rechtswidrig gewesen war, und das OSA verurteilt, neuerlich unter Zugrundelegung der Rechtsauffassung des Gerichts über den Einstellungsantrag zu entscheiden.

Für rechtswidrig und als einen Verstoß gegen Grundsätze der Personalaktenführung hatte das Verwaltungsgericht insbesondere die Aufnahme der Geheimdienstunterlagen in die Personalakte im Jahre 1985 bewertet. Das hatte zugleich die Rechtswidrigkeit der neuerlichen – durch die inzwischen geänderte Erlasslage hinsichtlich der Durchführung des „Radikalerlass“ nicht mehr gedeckten – Anfrage im Jahr 1992, deren Bearbeitung durch Landesamt für Verfassungsschutz und Innenministerium sowie deren Verwertung durch das Oberschulamt zur Folge. Auf die mögliche Berufung hatte das Land verzichtet.

Nachdem das Oberschulamt es abgelehnt hatte, über einen Ausgleich des in der Zeit von 1992 bis 1999 durch die Nichteinstellung eingetretenen Einkommenschadens auch nur zu verhandeln, wurde unter Bezug auf die verwaltungsgerichtliche festgestellt Rechtswidrigkeit des Behördenhandelns im Jahr 2002 eine Amtshaftungsklage gegen das Land erhoben. Nach einer ersten Prüfung der Klage und der amtlichen Klageerweiterung kam das Landgericht Stuttgart zu dem Ergebnis, dass die zweifelsfrei rechtswidrige Verweigerung der Einstellung im Jahr 1992 auch als ein schuldhaftes Verhalten der seinerzeit mit der Sache befassten Amtspersonen zu bewerten sei, womit das Gericht die Voraussetzung für einen Anspruch auf Ersatz des eingetretenen Einkommenschadens dem Grund nach für gegeben sah. Klärungsbedürftig wäre der geltend gemachte Umfang.

Aufgrund dieser vorläufigen Prüfung unterbreitete das Gericht einen Vergleichsvorschlag des Inhalts, dass das Land zur sofortigen Zahlung von 62.000 Euro verpflichtet wird und zur Zahlung weiterer 40.000 Euro, wenn bis zum Jahresende 2006 keine Einstellung als Lehrer in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg erfolgt sein sollte.

Soeben ist der Vergleich nach Zustimmung durch Kultusministerium und Finanzministerium rechtswirksam geworden. Mit der Zustimmung des Finanzministeriums war nicht unbedingt zu rechnen gewesen, da dort in der Regel (nicht etatisierte) Zahlungen, zu denen das Land weder durch Gesetz noch Vertrag oder Urteil verpflichtet ist, unter Berufung auf mögliche spätere Rügen durch den Rechnungshof verweigert werden.

chf

Wahlen in Israel

Jenseits von Sharon: die alten Probleme

Von Reiner Bernstein, München

Wir dokumentieren einen Kommentar des Münchner Nah-Ost-Experten Reiner Bernstein (siehe auch: Politische Berichte 24/02: Signale aus München) zum Ausgang der Knesseth-Wahlen in Israel. Quelle: www.friedensratschlag.de

Auch die Palästinenser wollten in den vergangenen Tagen wählen. Doch nach der Vertagung durch Yasser Arafat blieb es beim Termin in Israel. Ariel Sharons zweiter Triumph war vorhersehbar, trotz anhaltender Gewalt, trotz wirtschaftlicher Talfahrt, trotz hoher Staatsverschuldung, trotz der Korruptionsskandale und trotz der diplomatischen Einsamkeit Israels wie in den Zeiten des Kalten Krieges mit seinen automatischen Mehrheiten in den UN-Gremien. Doch diese Isolation scheint gewollt zu sein, will man den Worten Sharons Glauben schenken, dass internationale Frie-

Die Ergebnisse in Zahlen

Die Wahlbeteiligung lag bei 68,5 Prozent der 4,7 Millionen Stimmberechtigten und stellte damit einen historischen Negativrekord dar. Der von Sharon angeführte Likud-Block erhielt 38 von 120 Sitzen im Parlament (1999 waren es 19 Sitze), die Arbeitspartei kam auf 19 (24), die Schinui- („Änderungs“-)Partei auf 15 Sitze (6). Die orthodox-sephardisch-fundamentalistische Schas-Partei erhielt 11 Mandate (17), die rechtsradikale Nationale Union 7 (6), die zionistische Friedenspartei Meretz 6 (10), die von der KP Israel getragenen Hadasch-Front und der Taal Partei (Achmed Tibi) gemeinsam gebildete Liste erhielt 3 Sitze (4), die von Asmi Bischara angeführte Balad 3 (1), die aschkenasische rechtsnationalistische Mafdal 6 (5) und die aschkenasische Thora-Partei 5 (5) Mandate. Die vom Generalsekretär des Histadruth-Gewerkschaftsverbandes Amir Peretz angeführte Eine-Nation-Partei erhielt 3 Sitze (2), die von Nathan Scharanski angeführte GUS Einwanderer Alijah Partei erhielt 2 Sitze (6), die arabische Union, einschließlich der Islampartei erhielt 2 (6) Mandate.

den Bemühungen nichts wert seien.

Für die Öffentlichkeit zählten allein die Ablehnung von Verhandlungen mit den Palästinensern und die Sicherheit vor ihnen, obwohl die Zahl der Bombenanschläge in den letzten Jahren alle Rekorde brach. Aber die Diskussion über ihre Ursachen, die alltägliche Gewalt der Besatzungspolitik, wird nicht geführt. Will man den Palästinensern keinen genetischen Defekt unterstellen, wäre diese Aufarbeitung dringend erforderlich. Doch so ist fast ein Drittel des Wahlvolkes entweder Sharon gefolgt oder hat sich der Stimme enthalten. Das wird für jede Regierung Folgen haben. Schon jetzt schießen die Spekulationen um den nächsten Wahltermin seit 1992 ins Kraut.

Ob sich die Arbeitspartei nach ihrer Niederlage noch einmal in das Prokrustesbett des „Likud“ („Geschlossenheit“) legt, hängt davon ab, ob sie mit Amram Mitzna oder ohne ihn zu einer programmatischen Erneuerung bereit ist, nachdem sie das Vertrauenskapital zwei Jahre lang gründlich verspielt hat. Nur wenn sie sich politisch endgültig diskreditieren und eine Spaltung in Kauf nehmen will, wird sie dem Ruf des „Likud“ folgen. Auch der selbstherrliche Yossi Sarid hat „Meretz“ („Energie“) ruiniert und daraus die Konsequenz des Rücktritts gezogen; welche Zukunft der Partei beschieden ist, steht dahin. Dem cholerischen „Tommy“ Lapid ist mit „Shinui“ („Wandels“) zwar das Kunststück gelungen, mit 16 Mandaten in das Parlament einzuziehen, doch wird seine Regierungsfähigkeit höchst skeptisch beurteilt: Ihm fehlt ein Programm jenseits der Trennung von Staat und Religion und sozialpolitischer Wohltaten für den Mittelstand. Auch an einer Unstetigkeit des politischen Urteils entzündet sich die Kritik an ihm. Die nationalistische Partei des ehemaligen „Gefangenen von Zion“ in der Sowjetunion, Natan Sharanski, hat eine schwere Verluste hinnehmen müssen. Sein Konkurrenz Avigdor Lieberman hingegen hat zwar sein Stimmenpotential erhalten, dürfte aber aufgrund seiner zahlreichen unappetitlichen Korruptionsaffären kaum als ernsthafter Koalitionspartner in Frage kommen.

Die Friedensszene ist innerlich gelähmt, weil sie der entscheidenden Frage aus dem Wege gegangen ist: Wie verträgt sich die Bereitschaft, den Palästinensern einen Staat zuzugestehen, mit der Verweigerung von politischer Unabhängigkeit und Souveränität? Indem auch die arabischen Parteien rechnerisch kaum profitiert haben, senden ihre Wähler ein doppeltes Signal aus: Sie wenden sich von dem Gemeinwesen ab, in dem sie leben, und solidarisieren sich einmal mehr mit der palästinensischen Bevölke-

rung in den besetzten Gebieten. Die Zeit ist vorüber, in der sie dem Staat Israel größere Loyalität entgegenbrachten, als dieser ihnen zu geben bereit ist. Die einzigartige Chance ist endgültig vertan, ein Verhältnis der koexistentiellen Gleichberechtigung zu entwickeln, das auf die besetzten Gebiete ausstrahlt.

Die Parteienlandschaft spiegelt die Zerrüttung der israelischen Gesellschaft wider. Dem „Likud“ ist es zwar gelungen, das Wählerpotential der Rechtsparteien auf sich zu ziehen, aber Koalitionsverhandlungen werden dadurch nicht leichter. Fest stehen nur die Beschleunigung entdemokratisierender Prozesse, die Legitimierung rechtsfreier Räume, die die rechten Parteien und die Siedler seit langem besetzt haben, der Ausbau des enormen Einflusses der militärischen Führung auf die Politik und die weitere Aushöhlung elementarer Rechtsstaatsprinzipien. Setzt sich der Trend fort, das Oberste Gericht zu marginalisieren, würde Israel seinen Ruf als einzige Demokratie im Nahen Osten endgültig verspielen. Bei der Missachtung der palästinensischen Menschenrechte hält es schon heute einen Rekord, auch jüdische Friedensaktivisten unterliegen mittlerweile der Kriminalisierung.

Die religiösen und nationalistischen Parteien werden für die künftige Politik gegen die Palästinenser nicht mehr gebraucht, weil der „Yeshiva-Nationalismus“ – die Symbiose von Religion, Land und Nation – seinen Weg durch alle Teile der Bevölkerung genommen hat. Die Regierungen haben dafür gesorgt, dass gewalttätige Siedler geschützt werden; die Armee ist zur Partei gegen Recht und Gesetz aufgestiegen und rühmt sich dennoch, höchsten Moralansprüchen gerecht zu werden. Außerdem wird der Anspruch auf die Westbank ein-

be zweitausend Jahre lang um die Rückkehr nach Tel Aviv oder Haifa gebetet. Das zweite aktuell-politische Argument bezieht seine Legitimation aus der systemischen Instabilität der Region: Bedrängte Regimes wie in Jordanien, Saudi-Arabien und Irak rechtfertigen den Drang nach territorialer Tiefe.

In den vergangenen Monaten ist spekuliert worden, welche Schritte die israelische Regierung in der Westbank und im Gazastreifen im Windschatten eines amerikanischen Krieges gegen Saddam Hussein unternimmt. Ob sie der Option folgt, die „palästinensische Frage“ mittels eines Massentransfers aus der Welt zu schaffen, erscheint höchst zweifelhaft. Nachdem seit Beginn der zweiten Intifada rund hunderttausend Palästinenser die Westbank „still“ verlassen haben sollen, würde eine militärisch organisierte Vertreibung das Problem nur um wenige Kilometer nach Osten oder Süden verschieben und die gesamte Region in einem unvorstellbaren Ausmaß destabilisieren. Ihm gegenüber könnten arabische Proteste gegen den Irak-Krieg geradezu trivial erschienen.

Sharons Wahlsieg soll dazu dienen, die nationalen Hoffnungen der Palästinenser endgültig zu begraben. Insofern war Arafats Absage der Wahlen ein strategischer Fehler, denn ohne Zweifel hätte sich die Mehrheit der Palästinenser unter dem Druck der Besatzung um ihn ge-

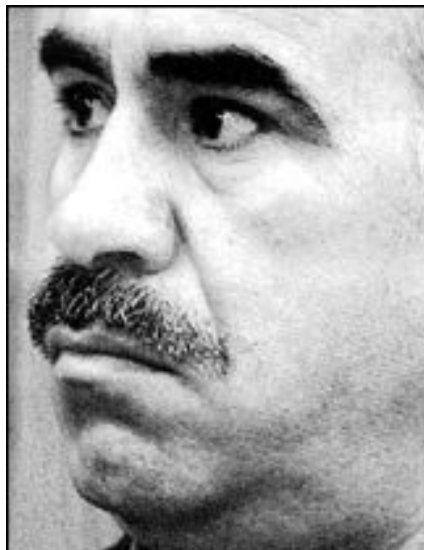


Die Bilder entnahmen wir der Homepage der israelisch-arabischen Friedensorganisation Taayush. Israelische Polizei zerstörte am 7. Januar das Haus einer Alleinerziehenden mit neun Kindern in Lud, da die Ansiedlung von Arabern in diesem Ort illegal sei, vertrieben die Familie auf die Straße und nahmen die beiden ältesten Söhne fest. Taayush protestierte,



schließlich des metropolitenen Jerusalem in einer Größenordnung von 950 Quadratkilometern mit einer doppelten Begründung erhoben. Der historisch-mystische Impetus verweist auf „Judäa und Samaria“ mit ihren biblischen und spirituellen Ausstrahlung: Kein Jude ha-

schart. So überlässt er es Israel, seine Autorität und sein Ansehen weiter zu zermürben. Darüber hinaus präsentiert, während dort über den „jüdischen Staat“ gestritten wird, seine Autonomiebehörde hier einen Verfassungsentwurf mit dem Islam als Staatsreligion und der Sharia als Hauptquelle der Gesetzgebung. Unabhängig von der strukturellen Unebenbürtigkeit zwischen Israel und den Palästinensern werden solche ideologischen Konfusionen dem blutigen Abnutzungskrieg weiteren Auftrieb geben.



Imrali



Kontaktsperre gegen Abdullah Öcalan beenden!

Seit dem 27. November wird den Anwälten von Abdullah Öcalan der Besuch ihres Mandanten verwehrt. Wir dokumentieren dazu Auszüge einer Resolution der Föderation der Europäischen Demokratischen Rechtsanwälte („Avocats Européens Démocrates“, AED), die am 1. Februar in Rom verabschiedet wurde.

„Die Verteidigerkommission der Föderation der Europäischen Demokratischen Rechtsanwälte ist über die Tatsache zutiefst besorgt, dass unsere türkischen Kollegen, die als Verteidiger von Herrn Öcalan tätig sind, ihre Pflichten nicht erfüllen können.

Wie wir von unseren türkischen Kollegen in Erfahrung bringen konnten, wird Herr Öcalan seit seiner illegalen Festnahme in Kenia und Überführung in die Türkei am 15. Februar 1999 unter schwersten Isolationshaftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali gefangen gehalten.

Gemäß den Angaben seiner Anwälte hatte Herr Öcalan seit mehr als 8 Wochen keinen Kontakt zur Außenwelt. Seit zwei Monaten konnte er weder von seinen Anwälten noch von seinen Angehörigen Besuch empfangen. Das letzte Zusammentreffen mit seinen Anwälten fand am 27. November 2002 statt.

Jede Woche reisten die Anwälte von Herrn Öcalan vergeblich zum Hafen von Mudanya, um nach Imrali überzusetzen. Jedes mal verweigerten die Behörden den Besuch bei ihrem Mandanten, indem sie auf schlechtes Wetter oder schweren Nebel verwiesen. Somit können die Rechtsanwälte von Herrn Öcalan in den in der Türkei und auch vor dem Europäischen

Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg anhängigen Verfahren keine angemessene juristische Betreuung mehr gewährleisten. Da die Besuche unserer Kollegen auch an einem anderen Tag hätten stattfinden können – wenn sich die Witterungsverhältnisse verbessert haben – müssen wir feststellen, dass die zuständigen Behörden die Anwälte von jedem Kontakt zu Herrn Öcalan fernzuhalten versuchen.

Herr Öcalan ist seit dem vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. In Anbetracht der Tatsache, dass Isolation eine Art von Folter darstellt, muss man feststellen, dass Isolation ernste physische, psychologische und mentale Auswirkungen auf die Personen hat, die ihr über lange Zeit ausgesetzt sind. Das Anti-Folter-Komitee des Europarates hat kürzlich ebenfalls die Türkei aufgefordert, diese Isolation aufzuheben.

Vor dem November 2002 – unter Umständen, die wir nicht als „normal“ bezeichnen können – war es den Anwälten von Herrn Öcalan erlaubt, ihren Mandanten einmal pro Woche am Mittwoch zu besuchen.

Nach unserer Meinung sind Beschränkungen des Zugangs der Anwälte zu ihrem Mandanten, besonders die gegenwärtige Kontaktsperre, unerträglich. So ist es für die Anwälte von Abdullah Öcalan unmöglich, sich mit ihrem Mandanten auf normale und wirksame Weise zu besprechen.

Diese Situation, die von den Behörden der türkischen Streitkräfte zu verantworten ist – da die Gefängnisinsel in einer Militärsperrezone im Marmara-Meer liegt – verletzt die Prinzipien eines Verfassungsstaates, verstößt gleichzeitig gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und stellt schließlich eine Verletzung der UN-Grundsätze über die Rolle der Anwälte dar.

Artikel 16 der Grundsätze der Vereinten Nationen über die Rolle von Anwälten stellt fest, „die Regierungen sollen sicherstellen, dass die Anwälte ihrer Tätigkeit ohne Einschüchterung, Behinderung, Schikanen oder unzulässige Eingriffe nachgehen können“. Diese Grundsätze wurden vom achten UN-Kongress über die Verbrechensprävention und die Behandlung von Angeklagten 1990 in Havanna verabschiedet und von der Generalversammlung der Vereinten Nationen einschließlich der Türkischen Regierung verabschiedet. Diese sollen Richtlinien für eine angemessene Rolle der Anwälte darstellen.

Deshalb fordert die Verteidigerkommission des AED, dass 1. der militärische Kontrolle über die Gefängnisinsel aufgehoben werden muss, um das Prinzip der Gewaltenteilung zu garantieren und damit die Unabhängigkeit der Justiz, wie sie in der türkischen Verfassung festgeschrieben ist. 2. der freie Zugang der Verteidiger von Herrn Öcalan zu ihrem Mandanten gewährleistet wird.“ (Quelle: Informationsstelle Kurdistan)

Irak-Flüchtlinge sollen im Kriegsgebiet festgehalten werden

Die iranischen und die türkischen Behörden haben angekündigt, keine Flüchtlingscamps auf dem jeweiligen Staatsgebiet zu dulden. Beide Länder wollen ihre Grenzen vor Menschen, die vor dem Kriegsgeschehen flüchten, schließen. Der Iran erklärte sich lediglich bereit, im Falle der massenhaften Gefährdung jeweils zehn Camps für 20.000 Flüchtlinge im „Niemandland“ zu bauen. Die Türkei plant den Bau von Zeltlagern auf irakischem Territorium in Südkurdistan. Hier werden im Fall eines Angriffs der US-Alliierten ca. 500.000 Flüchtlinge erwartet. Die Stiftung Wissenschaft und Politik, die dem deutschen Außenministerium zuarbeitet, rechnet dann mit insgesamt 900.000 Flüchtlingen; indes waren im letzten Golfkrieg 1991 2,5 Millionen Irakis auf der Flucht. Besonders übel ist, dass insbesondere die EU darauf dringt, Kriegsflüchtlinge im Grenzgebiet zu halten, damit sie nicht nach Europa kommen. Unter dem Vorwand, dass die kurdische Zone im Nordirak, die jetzt zum Aufmarschgebiet gegen den Irak ausgebaut wird, eine „sichere Fluchtalternative“ darstelle, hat die BRD in der Vergangenheit über 80% der Asylanträge irakischer Flüchtlinge abgelehnt. (Quelle: Telepolis)

Ungarn: Jüdischer Verband gegen Neonazi-Aufmarsch

Der Verband der jüdischen Glaubensgemeinden in Ungarn hat gegen einen für den 9. Februar geplanten Aufmarsch von Neonazis am Budapester Heldenplatz protestiert. In einer Erklärung kritisierte der Verband, dass der faschistische Aufmarsch am Hősök tere, der Ungarn symbolisiere, erlaubt wird. Ungarn habe noch immer nicht den Holocaust aufgearbeitet und seine internationalen Verpflichtungen zum Verbot der Verbreitung antihumanistischer Ideen nicht erfüllt.

Ungarn: Friedensdemonstration ver- boten – Nazidemonstration erlaubt

Die Polizei hat die für den 15.2., dem internationalen Aktionstag gegen den Krieg, in Budapest angemeldete Friedensdemonstration von attac unter dem Vorwand der Gefährdung der Verkehrssicherheit verboten. Eine für den gleichen Tag angemeldete Demonstration des Nazi-Vereins „Blood and Honour“, die dieselbe Route wie die attac-Demonstration nehmen und zum „Heldenplatz“ führen soll, kann hingegen stattfinden. attac will die Friedensdemonstration gleichwohl durchführen, hat aber das politische Problem, dass sich rechtsbürgerliche Kreise beteiligen wollen. (Quelle: Budapester Zeitung, online-Ausgabe)

Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. Zusammengenommen nahmen an den beiden Protestkundgebungen in der bayerischen Landeshauptstadt am 8. Februar 2003 ca. 30.000 Menschen teil. Viele der TeilnehmerInnen einer Kundgebung von Kirchen und Gewerkschaften am Morgen, die sich ausdrücklich nicht gegen die Sicherheitskonferenz richtete, setzten ihren Protest aber offenbar fort und folgten dem Aufruf des Bündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, Attac und Münchner Friedensbündnis. Allein an dieser 2. Demonstration beteiligten sich etwa 20.000 Personen. In der Nacht zuvor drang die Polizei ohne richterlichen Beschluss in das Gebäude des ehem. Tröpferlbades ein und überprüfte 200 junge Leute, die sich dort aufwärmten, weil sie angeblich „Straftaten verabredeten“. 22 wurden in Vorbeugehaft genommen, nach Einschätzung der Anwälte unter völlig haltlosen Vorwürfen. Ebenso kritisiert wird die Verhaftung von Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung, nachdem er in seiner Rede den Bundeswehrsoldaten deutlich gemacht hatte, dass sie beim Angriffskrieg desertieren müssten. *Radio Z, www.indynews.net*



Bild: <http://de.indymedia.org>

Protestzug gegen braunes Jugendzentrum in Lobeda-Altstadt

JENA. 70 Jahre nach der Machtergreifung der Nazis von 1933 demonstrierten am 1. Februar 2003 rund 400 Menschen in Lobeda-Altstadt gegen das in der Jena-ischen Straße 25 entstehende rechte Jugendzentrum.

Neben linken Antifa-Gruppen und Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte gehörten auch Bürger aus der politischen Mitte zu den Demonstranten. Prominenteste Vertreter waren Bürgermeister Christoph Schwind (CDU), Uni-Rektor Prof. Dr. Karl-Ulrich Meyn, Sozialdezernent Dr. Albrecht Schröder, der ehrenamtliche Beigeordnete Dr. Dietmar Haroske (CDU), SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Ullmann, PDS-Landtagsabgeordnete Dr. Karin Kaschuba und der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Klaus Tänzer.

Michael Ebenau vom Jenaer Aktionsbündnis gegen Rechts sagte, dass es niemand auf die leichte Schulter nehmen dürfe, wenn es die selbsternannten Nachfolger von NSDAP und Waffen-SS immer noch gebe. Mit dem Kauf bzw. der Anpachtung von zwei Häusern in Jena habe die rechte Szene eine neue Qualität erreicht. Bürgermeister Christoph Schwind erklärte, dass diese Entwicklung keinen Demokraten kalt lassen dürfe. Man werde immer wieder daran erinnern, dass die Machtergreifung der Nazis in der Endkonsequenz 70 Millionen Menschen das Leben gekostet habe.

Nach der Kundgebung zogen die Demonstranten vom Marktplatz durch die Jenaische Straße, vorbei an dem von NPD-Aktivisten angemieteten Gebäude. Abgesichert von einem massiven Polizeiaufgebot, kam es dabei zu keinen größeren Zwischenfällen. Einige der linken Jugendlichen warfen mit Schneebällen nach den rechten Jugendlichen, die den

Protestzug aus den Fenstern des Hauses Nr. 25 beobachteten.

www.ag-netzwerke.de

Vom 1.2. bis 1.4.2003: Los Wochos – Die Branden-Burger Datenwochen

POTSDAM. Die „Polizeikontrollstelle – Initiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei“ ruft dazu auf: „Nachdem LKA, VS und Polizei sich in den letzten Monaten vor allem mit Rasterfahndung und Antiterrorphantasien beschäftigt haben, ist es an der Zeit, mal nachzufragen, welche Daten denn seit dem 11. September 01 in welchen Akten gelandet sind. Natürlich sind die Behörden nicht so auskunftswillig, wie sie das nach dem brandenburgischen Datenschutzgesetz sein sollten. Deshalb möchten wir ihnen etwas auf die Sprünge helfen. Vom 1. Februar bis 1. April 2003 veranstaltet die Polizeikontrollstelle landesweit die Brandenburger Datenwochen. In dieser Zeit wollen wir Wissensdurstige besonders unterstützen, die bei Polizeipräsidium, LKA und Verfassungsschutz nachfragen, welche persönlichen Daten dort gespeichert sind. Wer auf eine entsprechende Anfrage binnen 3 Monaten keine Antwort erhält, für die/den beauftragen wir eine Rechtsanwältin, den Auskunftseinspruch gerichtlich einzuklagen. Die entstehenden Anwaltskosten übernehmen wir in jedem Falle ...



Sendet uns die schlechtesten Ausreden, die peinlichsten und originellsten Datenspeicherungen oder die schönsten Briefwechsel mit den Sicherheitsbehörden. Die Zuschriften, die uns am besten gefallen, werden mit Fachbüchern, einem ferngesteuerten Polizeispielzeugauto oder der Medaille „25 Jahre Helfer der Volkspolizei“ prämiert.“

www.polizeikontrollstelle.de

„Hier wird nichts platt gemacht – Brandenburg bleibt sozial“

POTSDAM. „Keine Zerschlagung der sozialen Grundversorgung“ war die nachhaltige Forderung eines öffentlichen Protests der Wohlfahrtsverbände an die Verantwortlichen im Land Brandenburg am 5. Februar in Potsdam. Unter dem Motto „Damit die Zukunft Brandenburgs nicht unter die Räder kommt!“ veranschaulichten die Verbände gemeinsam mit fast 500 Bürgerinnen und Bürgern während der Kundgebung eindringlich die Folgen des aktuellen Sparkurses. 150 Pappfiguren, die von zwei Potsdamer Kita-Gruppen gestaltet worden waren, kamen symbolisch unter die schweren Walzen der Politik. Die Figuren standen dabei für die verschiedenen Bereiche der sozialen Grundversorgung in Brandenburg. „Es geht hier nicht nur um die Gefährdung sozialer Angebote, sondern auch um die Zerschlagung der sozialen Zukunft Brandenburgs“, unterstrich Konstantin Engels, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Brandenburg.

Konkret betroffen von den Sparplänen sind zur Zeit die ambulante Beratung für Schuldner- und Suchtberatung oder Frauenprojekte und Frauenhäuser. Auch die Hilfen für psychisch Kranke, Demenz/Alzheimer-Kranke sowie die offene Jugend- und Altenhilfe sind bedroht. Darüber hinaus sollen die Mittel für Frei-

BREMEN, BREMERHAVEN, LÜNEBURG, DÜREN, BIELEFELD, GIESSEN, FREIBURG, KIEL. Rund um den 8. Februar fanden bundesweit wieder große Demonstrationen gegen den drohenden Irak-Krieg statt. In Bremen folgten an die 10.000 Menschen dem Aufruf des Bremer Friedensforums, ebenso viele wie am 2. Februar in Leipzig und am 25. Januar in Köln. In Bremerhaven waren unter den 500 Menschen sehr viele Schüler. Die Lüneburger Demonstration (Bild) war mit 1.500 Teilnehmern seit langer Zeit die größte am Ort außerhalb der Anti-Atom-Proteste. Auch in Düren versammelten sich erstmals über 1.500 Menschen. In Bielefeld waren es ca. 1.000. In Gießen zogen 400 vor eine US-Kaserne. 4.000 demonstrierten in Freiburg. In einer Stellungnahme zur aktuellen „Antikriegserklärung der Kieler Landesregierung“ fordert der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein Aufnahme und Bleiberecht für irakische Flüchtlinge: „Aus der „Fluchtalernative (Nordirak)“ könnte angesichts des drohenden Krieges einmal mehr eine Todesfalle für Flüchtlinge werden.“ (siehe www.frsh.de)



Bild: www.bildzeichen.de

willigenzentren und Betreuungsvereine gestrichen werden. Diese Strukturen helfen, ehrenamtliche Initiativen und soziale Netzwerke am Leben zu halten.

Zur öffentlichen Bewusstseinsbildung über den unverzichtbaren Stellenwert der sozialen Dienste angesichts der zur Beschlussfassung anstehenden sogenannten „Giftliste“ des Landes Brandenburg steht die Liga mitten in der Erarbeitung eines mehrstufigen Aktionsplans. www.diakonie-portal.de



Bild: www.diakonie-portal.de

Erfolgreiche Aktionswoche gegen Studiengebühren in Baden-Württ.

KONSTANZ. In der letzten Woche fanden an fast allen baden-württembergischen Universitäten zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen zu bildungspolitischen Themen statt. Im Mittelpunkt stand dabei die mögliche Einführung so genannter nachlaufender Studiengebühren. Aufgerufen zur Aktionswoche unter dem Motto „Nicht mit uns“ hatte das bundesweite Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und die Landes-ASten-Konferenz Baden-Württemberg (LAK BaWü). In Freiburg und Tübingen gingen insgesamt weit über 1000 StudentInnen auf die Straße, um gegen die Pläne der Landesregierung zu demonstrieren. Mit verschiedenen Ideen wurden in Konstanz

und Freiburg die Positionen des Aktionsbündnisses der Öffentlichkeit vermittelt: Als nachlaufende Gebühren verkleidete StudentInnen verfolgten in Freiburg PasantInnen, die Fachschaft Sport der Universität Konstanz „wischte für Wissen“ – StudentInnen putzten AutofahrerInnen die Scheiben und informierten dabei über die Pläne der Landesregierung. Am 1. Februar errichtete der AStA der Universität Konstanz auf dem Konstanzer Obermarkt den schiefen Turm von PISA, um auf die Schiefelage im deutschen Bildungssystem aufmerksam zu machen. www.abs-bawue.de

FDP probt Aufstand gegen Berliner Studierendenvertretungen

BERLIN. Ab dem 1. Februar dürfen die Landes-ASten nach dem neuen Berliner Hochschulgesetz den ihnen seit 1997 von Gerichten wegen umgehängten Maulkorb ein ganzes Stück lockern. So können sie zur Förderung der politischen Bildung in „Medien aller Art (...) die Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ermöglichen“. Für den Vorsitzenden der nationalliberalen FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Martin Lindner, ist diese demokratische Selbstverständlichkeit Anlass, eine konservative Revolution auszurufen. Die Studierenden werden auf Unterschriftenformularen von ihm aufgefordert, ihren Beitrag zur Verfassten Studierendenschaft in Höhe von 6,65 Euro zurückzufordern. Hierzu erklärt Marek Schauer, AStA-Vorsitzender an der Freien Universität: „Nach der verfassungsgerichtlichen Aushebelung der Viertelparität in den universitären Gremien sind die ASten das letzte demokratische Organ der Studierendenschaft in einer ansonsten undemokratischen Universität. Mit seiner Forderung, sich auf Serviceleistungen zu beschrän-

ken, möchte Lindner die ASten zu einem bloßen Verwaltungsorgan degradieren, das niemandem mehr wehtut.“

www.astafu.de

NOLYMPIA-Kundgebung am 1. Februar in Frankfurt/Main

FRANKFURT/MAIN. Zeitgleich mit dem Ball des Sports, der größten Benefiz-Veranstaltung Europas „zum Wohle der Deutschen Spitzensportler“ in Frankfurt fand eine Kundgebung gegen Olympia statt. 150 Menschen machten ihrem Unmut gegen die sozialen Folgen Olympias und der „normalen“ Stadtpolitik Luft. Die Deutsche Sporthilfe wurde parodiert, später folgte der ultimative Kampf der Wettbewerber-Standorte: Frankfurt, Hamburg, Leipzig und Düsseldorf lieferten sich harte Kämpfe beim Sackhüpfen und Fußball. Nachdem Hamburg als klarer Sieger aus dem „Kampf Aller gegen Alle“ hervorging und schon auf dem Treppchen stand, tauchte eine Maske namens Roland Koch auf und drückte Ham-

NOLYMPIA
Gegen Umstrukturierung und Vertreibung !!!

burg einen schwarzen Koffer in die Hand. Daraufhin trollte sich Hamburg und Ro-Ko setzte Frankfurt aufs Treppchen ...“

In den ausgearbeiteten Kritikpunkten wird u.a. befürchtet, dass zur Imagepflege der Stadt Frankfurt als Metropole die Vertreibung von „Randgruppen“ weiter zunehmen, die Miete rasant steigen und die Umweltzerstörung ausufert wird. Die Frankfurter Initiative fordert: „Verwendung der Spendengelder für den Breitensport und neue Schulsportanlagen! Stoppt die Olympia-Bewerbung!“

www.nolympia.de – In der Homepage gibt es Links zu anderen Olympia-Gegnern in Frankfurt und in aller Welt.



Bundesweite Aktionen gegen Hartz am „Tag der Erwerbslosen“

BERLIN. Am 5. Februar, dem „Tag der Erwerbslosen“, verteilten einige AktivistInnen vor dem Arbeitsamt Treptow-Köpenick in Berlin Flugblätter. Hier wurde im Dezember 2002 das 1. Jobcenter in Berlin eingerichtet, Arbeits- und Sozialamt arbeiten zusammen. In ihrem Flugblatt heißt es: „In Treptow wird das „Kölner Modell“ erprobt. Nach dem Kölner Modell erhalten Jugendliche von 18–25 Jahren keine Leistung, sprich Sozialhilfe mehr. Sie werden sofort in Arbeit vermittelt, deren Lohn gerade mal 10% über der Sozialhilfe liegt. Damit wird erreicht, dass die jugendlichen BilliglohnarbeiterInnen reguläre Normalarbeitsverhältnisse verdrängen. Die Jugendlichen werden zur weiteren Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes funktionalisiert. Der Sozialamtsleiter von Treptow-Köpenick verkündete: „Wer nicht hinget, bekommt sofort die Sozialhilfe gestrichen. Das funktioniert gut.“ Es wird behauptet, dass sich die Chancen für Jugendliche auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessern würden, in der Realität verschärft sich für Jugendliche aber nur der Arbeitszwang und der Druck zu prekärer Beschäftigung. Bundeskanzler Schröder und Arbeitsminister Clement haben angekündigt, dass Jugendliche bis 25 Jahren generell keine Sozialleistungen mehr erhalten.“

Auch in anderen bundesdeutschen Städten fanden ähnliche Aktionen statt.

Als nächste bundesweite Protesttage gegen Hartz sind geplant:

8. März 2003: „Tag der Frauen“ und ihrer besonderen Betroffenheit durch die Hartz-Gesetze. Alle regionale Gruppierungen werden aufgefordert, die Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag mit Beiträgen zu diesem Thema zu bereichern.

1. April 2003: kein Aprilscherz, sondern Tag der PSA: zur bundesweit flächendeckenden Einführung der PersonalServiceAgenturen soll gegen Zwang zur Leiharbeit, Lohndumping und Niedriglöhne protestiert werden. PSA-Gründungen in den verschiedenen Städten sollen aber auch vorher nicht ohne Proteste erfolgen.

1. Juli 2003: „Tag der SozialhilfeempfängerInnen“ und vorläufiger Höhepunkt der Protesttage. www.anti-hartz.de

Hamburger Sozialpolitik:

Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen steigt – Leistungen werden gekürzt

Mit Senatsübernahme im September 2001 trat die CDU-Sozialsenatorin Schnieber-Jastram noch mit Aussagen an, die Zahl der Sozialhilfeempfänger jährlich um 1000 Personen senken zu wollen. Tatsächlich konnten durch restriktive Vorgaben bei Neuantragstellungen und verstärkt geforderten Arbeitsbemühungen und durchgeführten -vermittlungen die Zahlen von noch 116.888 (Mai 2001) auf 114.634 Personen (Januar 2002) abgesenkt werden. Aufgrund veränderter Arbeitsmarktpolitik und zunehmenden Arbeitslosenzahlen stiegen ab Mai in fast allen Sozialämtern die Antragszahlen:

	Bergedorf	Harburg	Mitte
8/02	535	913	306
9/02	596	922	532
10/02	686	827	696

Zu den Haushaltsberatungen 2003 im September/Oktober 2003 verkündete die Sozialsenatorin – trotz vorliegender Zahlen – mit markigen Worten „die konsequente Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs“. GAL und SPD warfen ihr vor, „zu schummeln, um die Haushaltslöcher zu kaschieren“. Im August waren die Zahlen bereits auf 116.309 Personen angestiegen, aber für 2002 wurde nur Sozialhilfe für 112.333 (und für 2003 für 111.082) Menschen berücksichtigt.

Die GAL-Abgeordnete Dorothea Freudenberg hatte festgestellt, dass die Sozialbehörde einfach von geringeren Auszahlungsbeträgen ausgegangen ist: Pro Person seien 140 Euro weniger (2002: 3.605 Euro, 2003 nur 3.465 Euro) veranschlagt worden. Für 2002 ergab sich schon zu diesem Zeitpunkt eine Finanzierungslücke von 15 Mio. Euro, für 2003 von mindestens 13,5 Mio. Euro.

Um noch annähernd die Ausgaben in Grenzen zu halten, wurde auf große Projekte der Sozialbehörde hingewiesen:

- Durch die Einführung des „1-Euro-Programms“ für gemeinnützige Arbeit, durchgeführt durch die Hamburger Arbeit (HAB), wird das seit fast 20 Jahren durchgeführte Programm „Tariflohn statt Sozialhilfe“ wesentlich verändert. In den ersten vier Monaten der Beschäftigungszeit wird neben der Sozialhilfe le-

diglich 1 Euro pro Stunde als „Mehraufwandsentschädigung“ gezahlt – ohne Sozialversicherungsansprüche zu erwerben. Die „Vorschaltphase“ wird auf 12 Monate mit erneut herabgesetzten „Tariflöhnen“ aufgestockt.

So arbeiteten am 1.9.02 im „1-Euro-Programm“ 330 Erwachsene und 198 Jungerwachsene. 1.470 Beschäftigte befanden sich noch im „Tariflohn-statt-Sozialhilfe“-Programm.

Die abgesenkte Entlohnung (ab 14.5.02) beträgt in den Lohngruppen E1 für Jungerwachsene 960 Euro brutto, E2 für einfache Tätigkeiten 1.020 Euro und § für gehobene Tätigkeiten 1.120 Euro. Wer sich weigert, diese Tätigkeit anzunehmen, bekommt die Sozialhilfe gekürzt, später ev. vollständig gestrichen.

5 Millionen Euro wurden im Bereich „Hilfe zur Arbeit“ weniger veranschlagt.

- Weitere Minderausgaben werden sich im Zuwanderungsbereich durch abgesenkte Flüchtlings- und Aussiedlerzahlen, verstärkte Abschiebungen und schnellere Umverteilung der Flüchtlinge in Normalwohnungen erhofft.

- Eine Arbeitsgruppe von Vertretern der Arbeits- und Sozialämter führen verstärkte Kontrollen auf z.B. Baustellen und in der Gastronomie zwecks Bekämpfung der sogenannten „Schwarzarbeit“ durch.

- In den Sozialämtern sollen die Bemühungen verstärkt werden, die Angemessenheitsgrenzen von Mieten der Antragsteller zu überprüfen und ev. Umzüge dieser in die Wege zu leiten.

- Seit dem 4. Quartal 2001 erfolgen hamburgweit – regelmäßige – Sozialdatenabgleiche mit dem Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger.

Die Auswertung des ersten Jahres ergab, dass lediglich 2,4% der Antragsteller zusätzliche Einkommen aus Rente, Arbeitslosengeld und Arbeitseinkommen verschwiegen haben. Ermittelt wurde gegen 2.791 Personen; 532 Fälle wurden zur Anzeige gebracht. Über 60% der Betroffenen haben unter 1.000 Euro zuviel erhalten. Den größeren „Schaden“ mit knapp 2 Mio. DM haben 172 Leistungs-



bezieher verursacht.

Durch den vierteljährlich stattfindenden Datenabgleich will die Stadt jährlich 600.000 Euro einsparen. Diese „Planungen“ sind zu kurz gedacht, weil die eklatantesten Einkommensdifferenzen gleich beim ersten Mal aufgedeckt wurden.

- Eine Verschärfung der Einkommensüberprüfung stellen der gerade jetzt stattfindenden KFZ-Abgleich mit der Zulassungsstelle und der Zinsabgleich für 2001 mit dem Bundesamt für Finanzen dar. Erste Ergebnisse liegen noch nicht vor.

- Trotz aller „Projekte zur Einsparung von Sozialhilfe-Mitteln“ muss in diesen Tagen bereits der Sozialhilfeeat 2003 um 22 Mio. Euro aufgestockt werden.

Die Sozialsenatorin versucht jetzt, Druck auf die Leistungsgewährung der Sachbearbeiter auszuüben. Neue „Globalrichtlinien“ sollen eine systematischere Arbeitsweise als bisher gewährleisten. An die Einstellung zusätzlichen Personals sei aber nicht gedacht.

„Bei der Gewährung von Sozialhilfe herrscht in Hamburg ein gewisses Klima der Großzügigkeit“, so Schnieber-Jastram. Sie werde untersuchen lassen, ob zum Teil ungerechtfertigt hohe Leistungen gewährt werden. Dazu will sie einen Vergleich aller sieben Hamburger Bezirke erstellen lassen (Bench-Marking). „Bei den Bezirken soll derjenige Vorbild sein, der die strengste Bewilligungspraxis hat.“

Offensichtlich ist das von einer Arbeitsgruppe der Sozialbehörde und verschiedener Sozialämter erarbeitete – überwiegend – statistische Modell zur Ermittlung von z.B. Bezugsdauer von Sozialhilfe, Ab- und Zugänge, Sozialhilfedichte, Einkommen, Durchschnittsausgaben für sie schon überflüssig.

So bemerkt die Senatorin, „dass die Leistungen für Sozialhilfeempfänger zwar gesetzlich festgelegt seien. Allerdings stünde im Gesetz nur, dass ein Anspruch auf Möbel bestehe, nicht aber, wie teuer diese sein dürfen. Dieses würde jeder Sachbearbeiter individuell entscheiden.“ – Das ist natürlich Quatsch! Bereits 1999 hatte das sogenannte „Hercules“-Projekt für eine enorme Absenkung bzw. Streichung der Sachmittelpauschalen gesorgt.

Und – plötzlich! – sei ihr aufgefallen, dass Hamburg (angeblich) die höchsten Beträge für Bekleidungs-pauschale – im Vergleich mit anderen Großstädten – zahlen würde, nämlich durchschnittlich 317 Euro pro Person im Jahr. Der Jahresdurchschnitt würde bei 241 Euro liegen. Überlegungen, die Pauschale um 50 Euro pro Person zu senken, würden zu einer Ersparnis um 6 Mio. führen.

Schnieber-Jastram verweist auf eine von ihr veranlasste Studie hin, „wonach Familien mit geringem Arbeitseinkommen weniger Geld für Bekleidung ausgeben als Sozialhilfeempfänger (ca. 260 Euro weniger). „Das Abstandsgebot zwischen niedrigem Einkommen und der So-



HANNOVER. Rund 70 Menschen protestierten am 30. 1. in Hannover vor dem Hotel Martim, in dem die Tarifverhandlungen zwischen ver.di, IG Metall und des DGB mit den Leiharfirmen getätigt wurden. www.puk.de/aah/aah

Tarifverhandlungen für die Leiharbeitsbranche: „Verschlimmbesserung droht“

Am 31. Januar begannen Tarifverhandlungen für die Leiharbeitsbranche, Bis spätestens 19. Februar wollen Gewerkschaften und Arbeitgeber sich auf Eckpunkte einigen. Hier eine Stellungnahme der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen dazu.

BIELEFELD. Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) sieht den am 31. Januar beginnenden Tarifverhandlungen für die Leiharbeitsbranche mit Skepsis entgegen. „Egal wie gut die Gewerkschaften verhandeln, ein Abschluss wird die Lage der Leiharbeiter und Erwerbslosen lediglich verschlimmbessern“, erklärte Martin Künkler von der KOS. Schuld an der Misere seien die ungünstigen Rahmenbedingungen, die Rot-Grün im Zuge der „Hartz-Gesetze“ geschaffen habe. Dadurch könnten die Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen nur „zwischen Pest und Cholera wählen“, sagte Künkler weiter.

Nach der gesetzlichen Neuregelung gelten zukünftig für Leiharbeitnehmer die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie für die Stammbeschäftigte. An vormals Arbeitslose kann in den ersten sechs Wochen ein Nettolohn in Höhe der Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Beide Regelungen greifen nicht, wenn per Tarifvertrag etwas anderes vereinbart wird. Darüber hinaus wurden die Vorschriften zum Schutz der Leiharbeitnehmer – etwa zur Dauer und Stabilität der Beschäftigung – gestrichen.

Dadurch wird den Gewerkschaften aus Sicht KOS die schier unlösbare Aufgabe aufgebürdet, die zeitweilige Beschäftigung von Erwerbslosen „zum Nulltarif“ abzuwenden sowie die alten Schutzvorschriften möglichst im Tarifvertrag

wieder zu verankern. „Einer Besserstellung von Erwerbslosen und Beschäftigten gegenüber dem Gesetz werden die Leiharbeitsfirmen aber nur zustimmen, wenn die Gewerkschaften zu Abschlägen beim Lohnniveau bereit sind“, erläuterte Künkler. Dieses Dilemma hätte Rot-Grün mit einem verbindlichen Gleichbehandlungsgebot ohne Ausnahmen und durch die Beibehaltung der Schutzvorschriften für Leiharbeitnehmer vermeiden müssen, so der Vorwurf der Koordinierungsstelle. Zumal die Leiharbeitsfirmen auch Billigtarife mit arbeitgeberfreundlichen Nicht-DGB-Gewerkschaften abschließen und das gesetzliche Gleichbehandlung so aushebeln könnten. Dies schwäche die Position der DGB-Gewerkschaften bei den nun beginnenden Tarifgesprächen zusätzlich.

Die Koordinierungsstelle lehnt abgesenkte Einstiegstarife für Arbeitslose generell ab. „Damit werden Erwerbslose ein zweites Mal für ihre Arbeitslosigkeit bestraft und ihnen pauschal eine geringere Leistungsfähigkeit unterstellt. Lohndumping wird befördert“, erklärte Künkler. Der bei jeder Stellenneubesetzung anfallende Einarbeitungsaufwand dürfe nicht allein auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Bestehe tatsächlich nach längerer Arbeitslosigkeit ein besonderer Qualifizierungsbedarf, dann seien Lohnkostenzuschüsse der Arbeitsämter „allemal besser als Tarife zweiter und dritter Klasse“. www.erwerbslos.de

zialhilfe muss gewahrt bleiben.“

In Hamburg wird seit 1991 jährlich eine in 2 Raten ausbezahlte Bekleidungs-pauschale gewährt, die nach Alter der Kinder und Geschlecht differenziert werden. vereinbart war mit dem damaligen GAL-Koalitionspartner, dass eine jährliche Anpassung an die Teuerungsrate erfolgen soll. Dieses ist in den 15 Jahren nur einmal vorgenommen worden. Notwendige Bekleidung für Schule, Sport, Krankenhaus und Kur ist nicht vorgesehen. Und so erklärt sich auch oftmals der Unterschied zu anderen Städten, die diese „Sonder-Bedarfe“ getrennt auszahlen.

Die restriktiven „Einsparungen“ in der Sozialhilfe finden auch die Unterstützung der SPD-„Sozialexpertin“ Petra Brinckmann: „Die Kürzung des Kleidergeldes und die Bekämpfung des Missbrauchs tragen wir mit.“ Hatte doch der vorherige SPD/GAL-Senat viele der „Projekte“ bereits vor Jahren angesprochen. Lediglich die GAL-Abgeordnete für Sozial- und Gesundheitspolitik, Freudenberg, verurteilt die – sich speziell für Hamburg – ausgedachten Sozialhilfekürzungen als weiteren Angriff auf die Ärmsten der Stadt. (ena)

Aus: Lokalberichte Hamburg

Flüchtlings- und Wohnungspolitik:

KÖLN. Zum neuen schwarz-grünen Bündnis in Köln und einem grünen Dezernenten für Soziales, Wohnungswesen und Beschäftigungsförderung erklärt Ratsmitglied Jörg Detjen (PDS): „Die Grünen stehen jetzt in der Pflicht, eine rasche Änderung in der Flüchtlingspolitik durchzusetzen. In der Kombination mit dem Wohnungswesen, muss eine humane, dezentrale Unterbringung schnell umgesetzt werden. Der Bau von dezentralen Flüchtlingswohnungen muss angepackt werden.“

Der letzte Wohnungsbericht bemängelte, dass 1000 Sollplätze für die Unterbringung von Flüchtlingen wegfallen würden. Der grüne Dezernent ist auch ein Ergebnis der gescheiterten Wohnungsprivatisierung. Deshalb sollte sich die Dezernentin oder der Dezernent für eine Änderung in der Wohnungspolitik besonders verantwortlich fühlen. Detjen fordert: „Köln hat ein Wohnungsdefizit von 13.000 Wohnungen, da muss schnell etwas geschehen. Neue Wohnungen müssen geschaffen werden, und ein starker kommunaler Bestand von Wohnraum muss erhalten bleiben. Köln braucht wieder ein soziales Wohnungsbauprogramm.“

www.pds-koeln.de

Urteil gegen „Trinkererlass“: HEILBRONN. Die Jusos Heilbronn begrüßen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart zum sogenannten „Trinker-Erlass“ der Stadtverwaltung Heilbronn. Die Jusos kritisieren besonders Bürgermeister Kübler: „Der Erlass ist kein Instrument, um für Ordnung zu sorgen. Im Gegenteil: er soll dauernde Personalkontrollen und ungerechtfertigte Repression gegen Menschen rechtfertigen, die nicht in das Weltbild von Herrn Kübler passen.“ Die Jusos finden es „ziemlich witzig, dass gerade die Stadt Heilbronn, die jedes Jahr ein riesiges Weindorf in der Innenstadt veranstaltet, sozial Schwache wegen Alkoholkonsum aus der Innenstadt verweisen will. Und gerade der Bundestagsabgeordnete, der auf just diesem Weindorf munter Gläser mit seinem Konterfei verteilt, stellt sich jetzt an die Spitze der Bewegung.“

Die Jusos fordern die Stadtverwaltung auf, den Erlass nicht zu überarbeiten und neu aufzulegen: „Der Erlass ist nicht nur rechtswidrig, er ist vor allem auch unmoralisch.“

www.jusos-heilbronn.de

Modernisierung der Gewerbesteuer: DÜSSELDORF. Eine Modernisierung der Gewerbesteuer kann nach Auffassung des Deutschen Städtetages die kritische Finanzlage der Städte verbessern, ohne kleine Betriebe, Existenzgründer oder Selbständige über Gebühr zu belasten. Um die Städte finanziell abzusichern, sei es eindeutig erfolgspre-

chender, die heutigen Schwächen der Gewerbesteuer zu korrigieren als einen von der Industrie vorgeschlagenen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer einzuführen. Das 2001 und 2002 stark zurückgegangene Aufkommen der Gewerbesteuer dürfe in der weiteren Reformdebatte nicht die Basis sein: „Seit dem Jahr 2000 sind 3,8 Milliarden Euro von der Gewerbesteuer weggebrochen. Deshalb müssen wir an das frühere Niveau anknüpfen.“

Schwächen der Gewerbesteuer bestehen nach Ansicht der Städte vor allem in der immer geringeren Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen und damit in einer fehlenden Steuergerechtigkeit sowie in der Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer und ihrer Anfälligkeit gegenüber steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten.

Vor allem Großunternehmen müssten wieder stärker zur Mitfinanzierung städtischer Aufgaben beitragen, da sie und ihre Beschäftigten auf gute Angebote und Infrastruktur der Städte angewiesen seien. Durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer und andere Regelungen lasse sich sicherstellen, dass es nicht zu hohen Belastungen für die freien Berufe und kleinen Betriebe komme.

www.staedtetag.de

Gegen WTO-Initiative: KÖLN. Mit großer Sorge betrachtet der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) die aktuelle Initiative der Welthandelsorganisation (WTO), im Rahmen einer Revision des multi-lateralen Handelsabkommens GATS die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu liberalisieren. „Dieser sensible Bereich, der nicht mit anderen Dienstleistungen vergleichbar ist, muss aus dem Anwendungsbereich des GATS herausgenommen werden“, fordert VKU-Hauptgeschäftsführer Michael Schöneich in einer Stellungnahme gegenüber der Europäischen Kommission. Die EU-Wasserpolicy habe sich bislang klar gegen eine Liberalisierung der Wasser- und Abwasserwirtschaft ausgesprochen und auch mit der Verabschiedung der EU-Wasserrahmenrichtlinie eine den Bestrebungen der WTO völlig entgegengesetzte Richtungsentscheidung getroffen. Diese Richtlinie unterstreiche, dass Wasser kein beliebiges Wirtschaftsgut und keine beliebige Handelsware wie zum Beispiel Strom und Gas darstelle, sondern ein besonderes Gut, dass in hohem Maße des Schutzes und der Verteidigung bedürfe. Eine Annahme der WTO-Forderungen durch die Europäische Kommission hätte daher aus Sicht des VKU erhebliche negative Konsequenzen für Unternehmen und Verbraucher.

www.vku.de

Zusammenstellung: ulj

An den Gewerkschaftstag der IG Metall:

Ein friedenspolitischer Antrag

Vertrauenskörper der IG Metall Jungheinrich*, Norderstedt, Antrag „Frieden und Abrüstung“

Antrag an den 20. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 2003 zum Thema „Frieden und Abrüstung“. Der Vertrauenskörper der IG Metall bei der Jungheinrich AG hat am 23. Januar 2003 folgenden Antrag einstimmig beschlossen:

Der 20. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die IG Metall orientiert sich an einem Leitbild der internationalen Solidarität und des weltweiten Friedens. Wirtschaftliche, religiöse und politische Konflikte müssen auf zivilen Wege ohne den Einsatz militärischer Gewalt gelöst werden. So scharf wie wir Terrorismus verurteilen, so entschieden sind wir gegen den Krieg. Krieg ist selbst Terror und gebiert neuen Terror. Der Krieg ist für die Gewerkschaften als Mittel der Politik zu ächten.

Der Menschheit droht wiederum Krieg. Ein neuer Golfkrieg bringt der irakischen Bevölkerung, die unter dem Embargo bittere Not leidet und durch das diktatorische Regime Husseins unterdrückt wird, noch mehr Elend, weitere Tausende Tote und die Zerstörung von Städten und Infrastrukturen. Der Krieg bedeutet einen weiteren Schritt zum permanenten Kriegszustand auf unserem Planeten. Jedes Land, das sich nicht den kapitalistischen Verwertungsinteressen der Multis und ihrer politischen Vertretungen unterordnet und nicht den ungehinderten Zugriff auf seine Bodenschätze zulässt, wird durch Aufrüstung von nationalistischen und terroristischen Banden in seinem inneren Zusammenhalt bzw. als Staat insgesamt mit militärischer Gewalt bedroht. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung soll geopolitisch vor allem der Zugriff auf Öl und Erdgas abgesichert werden. Dabei geht es um Milliardenprofite (durch Öl und Rüstung) und Vormachtstellung in der Welt. Die IG Metall schließt sich der weltweiten Losung der Friedensbewegung an: Kein Blut für Öl!

Am Beginn des 21. Jahrhunderts verfügt die Menschheit über alle nötigen Ressourcen, um Hunger und Armut zu beseitigen, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden sowie die Umwelt zu erhalten. Ein großer Teil der gegenwärtigen Probleme hat seine Ursache darin, dass die Reichtümer dieser Erde ungleich ver-

* Mit über 9000 Mitarbeitern, etwas mehr als die Hälfte davon im Ausland, sieht sich der Jungheinrich-Konzern als einen international führenden Anbieter in den Bereichen Flurförderzeug-, Lager- und Materialflusstechnik.

teilt sind. Die gerechte Verteilung ist daher die Schlüsselfrage gesellschaftlicher Entwicklung. Konfliktvermeidung bedeutet, die Ursachen der Gewalt, wie menschenunwürdige Lebensbedingungen, Armut und Hoffnungslosigkeit zu beseitigen. Deshalb ist das Engagement für Frieden und Menschenrechte auch untrennbar mit dem Einsatz für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verbunden. Dies verlangt, die Macht des globalen Kapitalismus auf einzelstaatlicher, europäischer und internationaler Ebene zu begrenzen und zu kontrollieren. Für diese Politik setzt sich die IG Metall mit ihren Möglichkeiten ein.

Die Gewerkschaft tritt weltweit gegen die Misshandlung und Vertreibung von ethnischen und religiösen Minderheiten ein. Der Verlauf der NATO-Militäraktionen hat am Beispiel des Balkans erneut deutlich gemacht, dass militärische Mittel ethnische, nationalistische und religiöse Konflikte nur verschärfen und kein Beitrag zur Wiederherstellung von Menschenrechten sind. Im Gegenteil: die ökonomisch-sozialen Strukturen werden durch die Kriegsschäden und Flüchtlingswellen weiter geschwächt. Die Respektierung der Menschenrechte erfordert politische und ökonomisch gerechte Lösungen.

Die IG Metall setzt sich für die Beibehaltung und strikte Beachtung der im Grundgesetz verankerten Bestimmungen ein, die einen Angriffskrieg verbieten und einen Einsatz der Bundeswehr über die Abwendung eines militärischen Angriffes auf das Bundesgebiet hinaus ausschließen. Die IG Metall lehnt daher die Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee, den Aufbau von Eingreiftruppen sowie deren Einsatz national oder im Rahmen der EU oder der NATO ab. Die Bundeswehr- und NATO-Strategie, die nicht mehr auf Landesverteidigung, sondern auf weltweite und ausdrücklich präventive Intervention zur Durchsetzung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen, unter Einschluss von Nuklearwaffen-Einsätzen, abzielt, muss aufgegeben werden.

Hochrüstung und Krieg kommen die Menschen teuer zu stehen: Steigerung der Rüstungsausgaben und Wiederaufbauhilfen verschlingen die Mittel, die für die Bedürfnisse der Menschen akut benötigt würden. Die Rüstungsausgaben sind daher drastisch zu senken. Für die Rüstung vorgesehene Mittel sind zur Lösung dringender sozialer, entwicklungs-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben einzusetzen.

Demokratische Bürgerrechte dürfen im Zeichen des Antiterrorkampfes nicht eingeschränkt oder aufgegeben werden. Die IG Metall spricht sich mit allem Nachdruck dagegen aus, im Namen der Terrorbekämpfung rechtsstaatliche

Prinzipien der Gewaltenteilung auszuhehlen, den Datenschutz aufzuweichen und die Diskriminierung im Ausländerrecht sowie im Umgang mit Ausländern zu verschärfen.

Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf:

- die grundgesetzliche Beschränkung der Aufgabe der Bundeswehr auf den Verteidigungsauftrag einzuhalten,
- Rüstungsexporte insbesondere in Krisenregionen und an Diktaturen zu stoppen,
- die Rüstungsausgaben nachhaltig zu senken,
- in den internationalen Beziehungen die Prinzipien der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten zur Anwendung zu bringen,
- jegliche Unterstützung, direkt oder indirekt, eines Krieges gegen den Irak zu unterlassen.

Die Bundesregierung muss alle Anstrengungen unternehmen, damit die Vereinten Nationen zur allgemein respektierten Weltorganisation für ein friedliches Zusammenleben der Völker, zur Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe weiterentwickelt und nicht als verlängerter Arm der NATO im Kampf um Ressourcen missbraucht werden.

Die IG Metall setzt sich für Initiativen zur Rüstungskonversion ein, d.h. auf die Umstellung militärischer Entwicklung und Produktion auf volkswirtschaftlich und ökologisch nachhaltig nützlicher Arbeitsinhalte.

Die IG Metall wird aufgefordert:

- dem drohenden Krieg gegen den Irak mit allen Mitteln entgegenzutreten,
- betriebliche Aktionen (z.B. Mahnminuten) zu koordinieren,
- friedenspolitische Themen verstärkt in ihren Publikationen zu behandeln,
- diese Thematik intensiver in die Bildungsarbeit zu integrieren,
- Materialien für Aktivitäten zu erstellen und bereitzustellen,
- Öffentlichkeitsarbeit für Frieden und Abrüstung zu betreiben,
- sich aktiv als Bestandteil der Friedensbewegung an Aktionen, z.B. Ostermärschen, am Antikriegstag am 1. September und an bundes-/weltweiten Aktionstagen zu beteiligen.
- Frieden schaffen
- Probleme ohne militärische Gewalt lösen !

Anmerkung: Dieser Antrag wurde im VK am 23.1.2003 verabschiedet. Spätere (kriegerische) Entwicklungen müssen auf dem Gewerkschaftstag mittels der Entschließung sowie durch Initiativanträge aufgenommen werden.

Aus: www.nadelstiche-online.de

BDA fordert „echte Strukturformen in den Sicherungssystemen“. – FAZ, Donnerstag, 6.2.2003. D. Hundt mahnt mehr Tempo und Effizienz bei den Reformen der Bundesanstalt für Arbeit an, vor allem die Entbürokratisierung des Arbeitsrechts.

Hundt (BDA): Kein Verständnis für gewerkschaftliche Blockadehaltung. – AZ, Freitag, 7.02.2003. Für eine neuauflage des Bündnis für Arbeit, das sich allein dem Thema Ausbildung widme, stehe die Wirtschaft „nicht zur Verfügung“, so BDA-Präsident D. Hundt.

„Angesichts der Wachstums- und Vertrauenskrise, in der sich unser Land befindet“ habe er kein Verständnis für den gewerkschaftlichen Blockadekurs gegen den von ihm vorgeschlagenen Kurs für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung. Dieser sieht z.B. vor, dass in den nächsten Jahren die Belastungen aus Tarifverträgen unter dem vom Sachverständigenrat prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs bleiben, dass durch Öffnungsklauseln in den Betrieben von den Tarifverträgen abgewichen werden kann sowie Verschlechterungen beim Kündigungsschutz und der Sozialversicherung.

Sind Spannungen zwischen USA und BRD wirtschaftsschädlich? HB, Freitag/Samstag, 7./8.02.2003. A. Börner, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) fürchtet einen Rückgang des bilateralen Außenhandelsvolumens um 10%. Dies reduziere das deutsche Wirtschaftswachstum um 0,3 % mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. „Mit der derzeitigen Position der Bundesregierung gibt es für Deutschland überhaupt nichts zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren“.

Konzerne wie EADS, Rheinmetall oder Krauss-Maffei dagegen können keine negativen Folgen des politischen Klimas feststellen.

Regierung plant Deutsches Zentrum für Medizin. – FAZ, Freitag, 7.2.2003. Ein zentraler Punkt der Reform des Gesundheitswesens durch Gesundheitsministerin U. Schmidt ist die Gründung eines Deutschen Zentrums für Qualität in der Medizin, das eine Art Stiftung Warentest im Gesundheitswesen werden soll. Der Präsident der Bundesärztekammer, J.-D. Hoppe, sagte, die Debatte um das geplante Institut werde darüber entscheiden, „ob Deutschland an der gemeinsamen Selbstverwaltung festhält, oder sich dem englischen Weg der Staatsmedizin nähert.“

Presseauswertung: rst

Freiburger Finanzkrise: auf der Suche nach den verlorenen Millionen

„Die große Notoperation“ titelt die *Badische Zeitung* (BZ) am 14.11.2002 und erläutert der Freiburger Bürgerschaft, dass in den nächsten beiden Jahren Haushaltslöcher in der Größenordnung von jeweils knapp 90 Mio. Euro zu stopfen seien. Seitdem wird heftig diskutiert in der Stadt, welche der „85 Grausamkeiten“ uns angetan und welche noch er-sonnen werden sollten.

Nur am Rande scheint es die *Badische Zeitung*, die Stadtverwaltung und die seither eifrig um die Wette „sparenden“ Fraktionen der Parteien im Gemeinderat zu interessieren, woher diese Löcher kommen, wer sie maßgeblich zu verant-worten hat. Diesen Mangel abzustellen sollen diese Informationen einen Beitrag leisten – bekanntlich lassen sich Miss-stände nur dann nachhaltig beheben, wenn ihre Ursachen gründlich analysiert und (soweit möglich) beseitigt werden...

„Der Steuer-Wahn“

Dieser *Spiegel*-Titel der ersten Dezem-

Bundesrepublik (anteilmäßig) so wenig Steuern bezahlt wie im Jahre 2002. Die Steuerquote, die angibt, wieviel Prozent des BIP der Staat insgesamt als Steuern einnimmt, schwankte seit 1970 bis zum Jahr 2000 immer zwischen knapp 22 und 25 Prozent. Dann kam Rot-Grün mit seiner Steuerreform und dem Ergebnis, dass nach 23 % im Jahr 2000 im folgenden Jahr noch 21,6 und 2002 gar nur noch 20,8* Prozent des erwirtschafteten Wertes an den Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben abgeführt werden mussten. Dieser Rückgang der Quote innerhalb von nur 2 Jahren um 2,2 Prozentpunkte ist rekordver-dächtig.

Konkret: Wäre die Steuerquote des Jahres 2000 beibehalten worden, dann hätten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2002 ca. 46,5 Mrd. Euro mehr zur Verfü-gung gehabt. Das bedeutet: es gäbe keine Diskussion um angeblich notwendige „Sparmaßnahmen“, es könnte sogar noch einiges zum Schuldenabbau auf die Seite gelegt und Schluss gemacht werden

mit der immer weiterge-henden Verlagerung der finanziellen Probleme nach unten, zu den Kom-munen. Übrigens: hätte die Steuerquote von 1980 heute noch Gültig-keit, dann kämen per Steuereinnahmen jäh-rlich 71 Mrd. Euro mehr in die öffentlichen Kas-sen als im abgelaufenen Jahr...

Millionäre zahlen keine Steuern

Sollte der/die LeserIn dieser Zeilen nun verge-bens nach den positiven persönlichen Auswir-kungen der massiven

bereits unter Kohl recht dreist praktiziert – wurde mit leichten Korrekturen und ein-nigen Schwerpunktverlagerungen von Rot-Grün konsequent weitergeführt. Unter der Überschrift „weniger Staat“ fand eine stetige Reduktion der Staats-einnahmen zugunsten privater Einkom-men und Vermögen statt, auch wenn da-mit die öffentlichen Haushalte zuneh-mend an die Wand gefahren werden. Wa-ren es vor 1998 die „Besserverdienenden“, deren Privatvermögen durch milli-ardenschwere Steuergeschenke explo-sionsartig in die Höhe getrieben wurde („Millionäre zahlen keine Steuern“), so änderte Rot-Grün die Hauptrichtung der Geschenke. Teilweiser Abbau der Steuer-sparmöglichkeiten für Privatpersonen gingen einher mit der Eröffnung bis da-hin nicht dagewesener Steuervermei-dungsangebote für die Großunterneh-men. Die Folge: Der faktische Wegfall der Einnahmen der sog. Körperschaftssteuer, die im Jahr 2000 noch über 23 Mrd. Euro einbrachte.

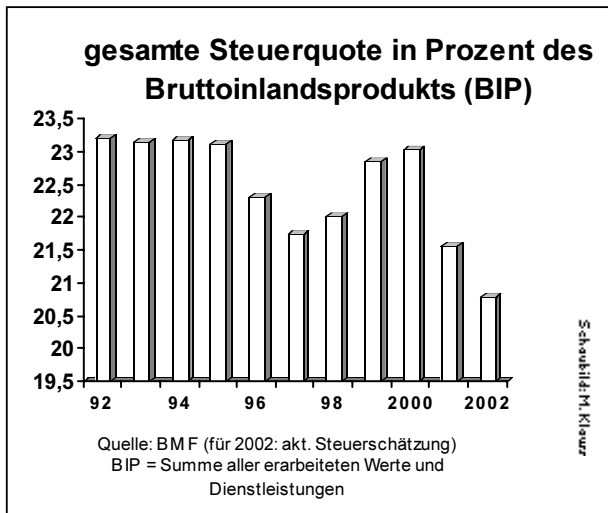
Rückgang der Gewerbesteuer um 16%

Ein weiterer Teil der aktuellen Steuergeschenke an die Wirtschaft betrifft die Kommunen ganz direkt: die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gingen als direkte Folge der Steuerreform von 2000 bis 2002 um 16% zurück. Und inzwischen befinden sich auch die privaten Steuer-senkungsstrategien wieder auf dem Vor-marsch. Zusammen mit der Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommen-steuer spiegeln sich diese wieder in einem Rückgang der veranlagten Einkommen-steuer um 4,6 Mrd. Euro * innerhalb von 2 Jahren. (Näheres siehe unten im Ab-schnitt: „Die Geschichte der steuerlichen Milliarden-geschenke“ mit einer grafischen Darstellung der Entwicklung der Steuereinnahmen).

Diese rot-grüne Steuerpolitik führt ei-ne Entwicklung fort, die seit Jahrzehnten festzustellen ist:

Die Belastung des Faktors Kapital wird ständig gesenkt – der Faktor Arbeit dafür immer stärker belastet.

Die durchschnittliche Lohnsteuerbe-lastung der abhängig Beschäftigten hat sich in den letzten 40 Jahren mehr als verdreifacht, dagegen sank die steuerliche Belastung der Gewinn- und Vermö-genseinkommen deutlich: Im Jahr 2000 betrug sie nur noch ein Drittel dessen, was während des sog. Wirtschaftswun-ders den Gewinnen zugemutet wurde. Die Nettoeinkünfte aus Gewinn- und Vermögeneseinkommen sind deutlich schneller gewachsen als die der abhängig Beschäftigten. Entsprechend ging der



berwoche reiht sich nahtlos ein in die Stimmungsmache der letzten Monate. In Übereinstimmung mit fast allen Medien und den RepräsentantInnen verschiede-ner Parteien breitet das Blatt deren Bot-schaft vor uns aus: Wir alle zahlen viel zu viele Steuern, und jetzt sollen wir alle noch viel mehr als bisher an den Staat ab-treten – bis zum letzten Hemd.

Leider geht diese Aussage an der Rea-lität völlig vorbei. Noch nie wurden in der

Steuerentlastung Ausschau halten, so liegt dies mit einiger Sicherheit daran, dass sie/er nicht zur Schar der Begün-stigten gehört – denn gleichmäßig auf alle verteilt oder gar denen bevorzugt zu-gestanden, die ein paar Euro mehr wirk-lich dringend brauchen könnten, werden die Steuergeschenke beileibe nicht.

Rot-Grün entlastet Konzerne

Dieses Prinzip deutscher Steuerpolitik –

Zum Vergleich:

rechnerische Mindereinnahmen wegen verringerter Steuerquote	46,5 Mrd. EURO
Nettokreditaufnahme des Bundes 2001	14 Mrd. EURO ¹
gesamte Sozialhilfeausgaben aller Kommunen 2001	27 Mrd. EURO ²
3% des BIP (Maastricht – Kriterium)	62 Mrd. EURO

Quellen: ¹ Deutsche Bundesbank, ² Deutscher Städtetag

Anteil der Nettolöhne der abhängig Beschäftigten am verfügbaren Volkseinkommen (Nettolohnquote) kräftig zurück, die Nettogewinnquote stieg auf etwa 30 Prozent.

Die Hintergründe

Hinter dieser massiven Entlastung der Kapitaleinkommen steht *einerseits* die Hoffnung, dadurch Wachstum und neue Arbeitsplätze zu erreichen. Doch diese Hoffnung trägt seit Jahrzehnten: der wachsende Reichtum von Unternehmen und Privatpersonen kommt kaum der gesamten Gesellschaft zugute. Steuersenkungen führen – so zeigen es die letzten Jahrzehnte überdeutlich – nicht zu neuen Arbeitsplätzen, dafür ganz offensichtlich zu wachsender öffentlicher Armut.

Andererseits ist sie Ausdruck eines seit Jahren festzustellenden ruinösen Steuersenkungswettlaufs der Industrieländer. Seit Anfang der 80er-Jahre spielen die deutschen Regierungen in diesem Wettlauf allerdings nicht gerade die Rolle eines Bremsers. Die steuerliche Belastung insbesondere der Großunternehmen fiel in Deutschland deutlich schneller als in vergleichbaren Ländern. Und auch die Kapitalbesteuerung wurde in Deutschland wesentlich stärker gesenkt als beispielsweise in Großbritannien und den USA. Umgekehrt wuchs in Deutschland die durchschnittliche Besteuerung der Arbeitseinkommen überdurchschnittlich und erreichte deutlich höhere Werte als in den USA oder Großbritannien. Auf den erwünschten Nutzen wartet die deutsche Wirtschaft noch immer vergeblich.

Ein wesentlicher Grund für den Steuersenkungswettbewerb findet sich in der Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte. Diese von den Industriestaaten unter der Behauptung der Förderung eines „wachsenden Wohlstands für alle“ vorangetriebene Entwicklung führte zu lukrativen Steueroasen und wachsendem Druck auf die OECD-Länder, die Besteuerung von Kapital, Unternehmen und Großverdienern zurückzuführen. Die Mehrwertsteuersätze sowie die von allen BürgerInnen zu zahlenden kommunalen Abgaben zeigen einen gegenläufigen Trend. Dies alles ist Teil einer umfassenden fiskalischen Umverteilung von unten nach oben.

...und die Konjunktur?

Natürlich hat auch die schwache Konjunktur und steigende Arbeitslosigkeit ihren Anteil als Ursache rückläufiger staatlicher Einnahmen. Angesichts der vorliegenden Zahlen sind diese Gründe allerdings als eher zweitrangig einzustufen. Umgekehrt jedoch gibt die Entwicklung Anlass zu größter Besorgnis: wenn viele Milliarden jährlich – wie es derzeit geschieht – den öffentlichen Haushalten entzogen und in die Aktiendepots und Geldkonten von Firmen und Privatleuten umgelenkt werden, dann führt dies fast zwangsläufig zu einem nicht unerheblichen Rückgang öffentlicher Investitio-

nen. Unter ausbleibenden öffentlichen Aufträgen leidet ein Teil der Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, in der Tat zunehmend. Dass darüber hinaus zum Haushaltsausgleich gerade noch den sozial Benachteiligten Leistungen massiv gekürzt werden (Beispiel Arbeitslosenhilfe), verringert die Kaufkraft gerade derjenigen, die erfahrungsgemäß ihr Geld nicht horten, sondern ausgeben.

Als Fazit bleibt: eine Stärkung der Konjunktur erreicht man so nicht; fast sicher das Gegenteil. Zumal die ebenfalls mit Sparmaßnahmen begründete Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch Abbau öffentlicher Arbeitsplätze die Situation zusätzlich verschärft: ausfallende Steuern und Sozialabgaben der dann Arbeitslosen und weitere Kosten der Arbeitslosigkeit belasten die öffentlichen Haushalte tatsächlich.

Ohne eine radikale Wende wird sich die Situation in Bund, Ländern und Gemeinden in den nächsten Jahren massiv weiter verschlimmern. Anstelle der alten, immer gleichen Rezepte, die zu immer mehr Arbeitslosigkeit und zunehmender Spaltung der Gesellschaft geführt haben, muss der Mut aufgebracht werden, (für manche) unbequeme Wege zu beschreiten: entsprechend ihrer Wirtschaftskraft und ihrem Vermögen oder gar Überfluss müssen diejenigen wieder mehr zur solidarischen Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben herangezogen werden, die durch eine geringfügig höhere Besteuerung nicht in Existenznöte geraten.

Die Geschichte der steuerlichen Milliardengeschenke

Dass „Millionäre keine Steuern mehr zahlen“ war Mitte der 90er-Jahre eine der allseits bekannten Auswirkungen Kohlscher Steuerpolitik mit ihrer einseitigen Begünstigung der „Besserverdienenden“ in dieser Republik. Drastisch die Auswirkung auf die öffentlichen Kassen:

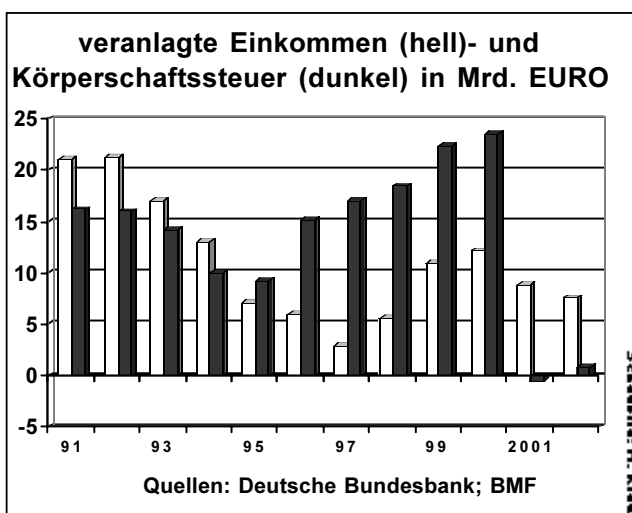
- die veranlagte Einkommensteuer, in der vor allem die Steuerzahlungen und Rückzahlungen aufgrund von Steuervergünstigungen von gutverdienenden Privatpersonen zu Buche schlagen, schrumpfte von 21 Mrd. Euro (über 40 Mrd. DM) Anfang der 90er-Jahre auf einen Restposten von knapp 4 Mrd. Euro (1997) zusammen (siehe Schaubild). Allein wegen dieser massiven Steuerausfälle sank die gesamte Steuerquote auf einen Minimalwert von knapp 22% im Jahr 1997 (siehe Grafik auf der vorigen Seite).

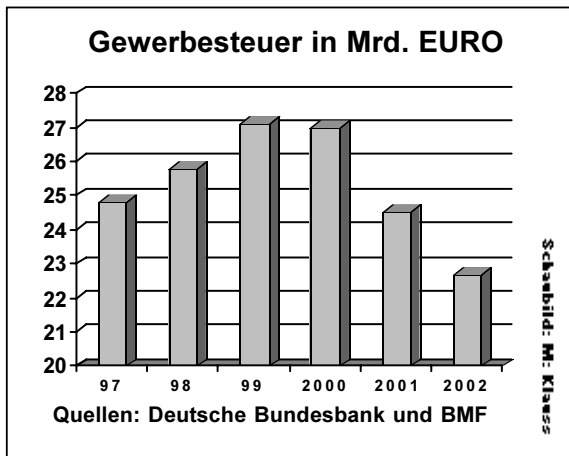
Diese Ungerechtigkeit abschaffen zu wollen, war erklärte Absicht grüner und sozialdemokratischer PolitikerInnen vor der 98er-Wahl. Tatsäch-

lich wurde eine radikale Kehrtwendung nach gewonnener Wahl angekündigt – die danach allerdings nur bruchstückhaft in die Praxis umgesetzt wurde. Der Mut schien die Leute schnell verlassen zu haben mit dem Resultat, dass die Steuerzahlungen der begüterten Privatleute zwar anstiegen, aber kaum mehr als die Hälfte der früheren Werte erreichten. Ab 2001 ist wiederum ein deutlicher Abwärtstrend zu beklagen, was auf eine wieder zunehmende Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen und nicht zuletzt auf die Senkung des Spitzensteuersatzes durch Rot-Grün zurückzuführen ist.

Nicht genug der unvollständigen „Reparaturen“ Kohlscher steuerlicher Untaten ersannen die an die Regierung gekommenen rot-grünen „ExpertInnen“ neue, ungeahnte Steuergeschenke in bis dahin nicht dagewesenem Ausmaß:

- die Körperschaftssteuer, die ausschließlich von Großunternehmen zu bezahlen ist, wurde im Rahmen der Steuerreform neu geregelt. Dabei wurden nicht nur die Steuersätze massiv gesenkt, sondern auch Regelungen getroffen, nach denen (aufgrund unterschiedlicher Steuersätze für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne) „zuviel“ gezahlte Steuern der letzten Jahre mit anfallenden aktuellen Zahlungen verrechnet werden konnten. Folge: im Jahr 2000 hatten die Einnahmen aus dieser Quelle noch gut 23 Mrd. Euro (46 Mrd. DM) betragen – seither ist sie im Ergebnis quasi abgeschafft (siehe Schaubild). Auch die Tatsache, dass der größte Teil dieser Steuergeschenke sich in den Taschen der Anteilseigner wiederfindet (und eben nicht in erhöhten Investitionen), wo sie eigentlich zu entsprechenden Mehreinnahmen bei der Kapitalertragssteuer hätten führen müssen, gleicht im Ergebnis – was die gesamten Steuereinnahmen angeht – diese Ausfälle nur zu einem geringen Teil wieder aus.
- die Gewerbesteuer, die einzige Steuerform, deren Einnahmen vollständig den Gemeinden zufließen, wurde ebenfalls von der rot-grünen Steuerreform in Mitleidenschaft gezogen: vor allem großen





Unternehmen wurde die Möglichkeiten eröffnet, Verluste an einem Standort mit Gewinnen anderswo zu verrechnen. Dies traf die Kommunen unterschiedlich stark: Freiburg glücklicherweise fast nicht, andere Städte stehen vor dem Bankrott, weil bis zu 30% dieser Einnahmen weggebrochen sind. Insgesamt zeigt sich ein Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen um 4,3 Mrd. Euro*, was gegenüber 2000 ein Minus von 16% bedeutet. In völliger Missachtung der realistischen Erwartungen erhöhte der Bund gleichzeitig die Gewerbesteuerumlage, den Teil der Gemeindeeinnahmen also, den die Kommunen an Bund und Länder abzugeben haben mit der Begründung, durch diese Steuerreform würde das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinden steigen...

Was in den nächsten Jahren zu erwarten ist,

lässt sich nur schätzen. Das Bundesfinanzministerium erhofft bei der Körperschaftssteuer eine Zunahme in 2003 um 6 Mrd., bei der veranlagten Einkommensteuer dagegen 2 Mrd. weniger, und, was die Gewerbesteuer angeht, nahezu Gleichstand*. Beim Institut der deutschen Wirtschaft (iwd Nr. 33/02), dem erfahrungsgemäß stets sehr daran gelegen ist, aufzuzeigen, wie sehr die Wirtschaft unter der „viel zu hohen“ Steuerlast leidet, geht man in den nächsten Jahren von jährlich ca. 3 Mrd. mehr Körperschafts-, bzw. 1,2 Mrd. mehr Gewerbesteuer und kaum erhöhter veranlagter Einkommensteuer aus, und *Der Spiegel* (Nr. 5/2002) berichtet, dass „deutsche Unternehmen nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums sogenannte Verlustvorträge in Höhe von ca. 240 Mrd. Euro vor sich herschieben – heben sie diesen Schatz in den nächsten Jahren, um ihn mit ihren Gewinnen zu verrechnen, so drohen weitere Steuerausfälle von bis zu 60 Mrd. Euro.

Kein Kurswechsel in Sicht

Wieweit die rotgrüne Regierung derzeit von einem Kurswechsel entfernt ist, zeigt die Ankündigung der sog. Zinsabschlagsteuer in Höhe von 25% auf Kapitalerträge. Eingeführt zur Abwehr der Forde-

rungen nach der Wiederbelebung der Vermögenssteuer (mit der sie inhaltlich rein gar nichts zu tun hat), hätte diese neue Steuer bezeichnenderweise nur einen absolut gesicherten Effekt: die Halbierung der Steuerbelastung auf Geldvermögenseinkünfte für all jene MitbürgerInnen, die aufgrund überdurchschnittlich hoher Einkünfte für einen Teil des Einkommens den Spitzensteuersatz zu zahlen haben. Alles andere, einschließlich der angekündigten vielen zusätzlichen Steuermilliarden

von reumütigen Kriminellen ist reine Spekulation.

Was hat das alles mit Freiburg zu tun?

Dazu meint OB Dr. Salomon (am 1.10.02):

„Die wesentlichen Gründe für die Verschlechterung der Haushaltslage sind nicht durch eigene Entscheidungen der Stadt hausgemacht, sondern durch Einflüsse von außen verursacht.“

Tatsache ist:

Seit vielen Jahren werden die Lasten der Landes- und Bundespolitik auf die Kommunen abgeschoben, ohne dafür auch nur annähernd Ausgleich zu schaffen. Vor allem die immer weiter vorangetriebenen Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung sorgen für einen unerträglichen Anstieg der (von den Kommunen zu zahlenden) Sozialhilfeleistungen. Das aktuelle Minus: **7,1 Mio. Euro**

An den Einkommensteuern sind die Kommunen anteilmäßig beteiligt. Während die Einnahmen aus der Lohnsteuer der abhängig Beschäftigten in den vergangenen Jahren keine großen Schwankungen aufweist, leiden die Gemeinden direkt unter den viel zu niedrigen und sinkenden Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer. Das Wegbrechen der Körperschaftssteuer bekommen die Kommunen durch Kürzungen der Bundes- und Landeszuschüsse zu spüren. Das aktuelle Minus: **9,4 Mio. Euro.**

Das Minus der Steuern und Allgemei-

ne Zuweisungen wird sich (laut Bürgermeister Neideck vom 13.11.02) um weitere **16 Mio.** erhöhen, wenn die Auswirkungen der Zahlen der aktuellsten Steuerschätzung auf die Gemeinden zum Tragen kommen.

Ein Großteil der erhöhten Ausgaben für Umlagen ergibt sich aus dem Anstieg der Zahlungen an den Landeswohlfahrtsverband, die u.a. aufgrund des Rückgangs der Finanzzuweisung des Landes notwendig wird. Nicht berücksichtigt scheint bei der angegebenen Summe (**4,9 Mio. Euro**) die die Freiburg abverlangte Erhöhung der Gewerbesteuer-Umlage von 20 auf 28%, die zu einem zusätzlichen Verlust von ca. **7 Mio. Euro** führen dürfte.

Nach dieser Übersicht muss demnach weit mehr als die Hälfte der zusätzlichen finanziellen Belastungen den politischen Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung zugeordnet werden.

Doch alle Probleme sind nicht auf Berliner und Stuttgarter Entscheidungen zurückzuführen. Vielmehr ist die

Freiburger Finanzkrise auch hausgemacht

Die Ära Böhme war geprägt durch eine Sucht nach repräsentativen Großprojekten, von denen das Konzerthaus (früher KTS) am erbittertsten umkämpft war und heute noch die massivsten Auswirkungen zeitigt – mit jährlichen Folgekosten von über 4 Mio. Euro, plus einer weiteren Mio. Euro für die Konzerthausgarage.

Die NEUE MESSE wurde gegen alle Bedenken durchgesetzt, wiewohl Gutachten belegen, dass alle vergleichbaren Messen in Süddeutschland defizitär arbeiten und prognostiziert wurde, dass die NEUE MESSE nicht wesentlich mehr Umsatz erzielen können als die Alte, bei deutlich höheren Kosten. Schließlich wurde die NEUE MESSE vor Jahren finanziert, während die Erlöse für den Alten Messplatz erst jetzt nach Jahren erzielt werden (womit sich die Stadt bei der Bebauung des Alten Messplatzes erpressbar gemacht hat). Diese Reihe ließe sich mit dem vierspurigen Ausbau der Mooswaldallee, dem Aussichtsturm auf dem Schlossberg, der geplanten BAKOLA-Bebauung, dem Autobahnzubringeranschluss für das Gewerbegebiet Haid usw. beliebig fortführen. Besonders gravierende Auswirkungen hatte jedoch der Beschluss zur Aufgabe der Stadtwerke und der Fusion zur Badenova. Statt wie erhofft Synergieeffekte zu erzielen, hat sich schnell gezeigt, dass die Badenova der Stadt viele Millionen Euro weniger einbringt als es die Stadtwerke früher getan haben. Allein hier ist ein Haushaltsloch in zweistelliger Millionenhöhe aufgetreten.

Die wichtigsten Veränderungen im Haushalt* (laut OB Dr. Salomon am 1.10.02):

Sozialhilfeausgaben und Zuschüsse	7,1 Mio. Euro mehr
Steuern und Allgemeine Zuweisungen	9,4 Mio. Euro weniger
Ausgaben für Umlagen	4,9 Mio. Euro mehr
Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4,7 Mio. Euro mehr
Personalausgaben (ohne neue Stellen)	6,5 Mio. Euro mehr
Sonstige Finanzeinnahmen	9,0 Mio. Euro weniger, davon allein fast 6 Mio. Euro bei den Stadtwerken wegen der Badenova – Fusion.

Lösungsansätze von Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit

Stadtverwaltung und Gemeinderatsmehrheit lassen in ihren Bemühungen zur Bewältigung der Freiburger Haushaltskrise alle bundes- und landespolitischen Aspekte außer Acht. Ohne eine grundlegende Änderung der Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land wird sich die Stadt Freiburg jedoch wie ein Hamster im Laufrad bewegen und jedes neue Haushaltsloch zu stopfen versuchen, während das nächste bereits produziert wird. Nur wenn ernsthaft eine grundsätzliche Lösung für alle Kommunen der BRD gefunden wird, macht eine Haushaltssanierung vor Ort wirklich Sinn. Dabei darf der Schwerpunkt nicht einseitig auf das „Sparen“ gelegt werden, wie es Stadtverwaltung und Gemeinderatsmehrheit tun, vorrangig muss auch die Verbesserung der kommunalen Einnahmen ins Auge gefasst werden.

Die Freiburger Stadtverwaltung rühmt sich, wie „ausgewogen“ ihre Sparvorschläge seien. Tatsächlich müssen sowohl die Kultur, als auch der Sport und der Sozialbereich „bluten“. Von Ausgewogenheit keine Spur:

Während weitere 150 Stellen bei der Stadt abgebaut werden sollen, während Selbsthilfeinitiativen, freie Kulturgruppen und soziale Initiativen durch z.T. massive Kürzungen von Zuschüssen ihre Arbeit einschränken müssen, z.T. in ihrem Bestand bedroht sind, während das Stadttheater an den „Rand der Schließung“ gespart und Museen geschlossen werden sollen, während dringend notwendige soziale Aufgaben aufgegeben werden und der verheerende bauliche Zustand der Freiburger Schulen sich weiter verschlechtert, soll nach den Plänen von OB Salomon und der Stadtverwaltung die Freiburger Wirtschaft nicht einen einzigen Cent zur Bewältigung der Finanzkrise leisten müssen.

Daneben verstärkt sich der Eindruck, dass es der Stadtverwaltung nicht daran liegt, genaue und nachvollziehbare Zahlen auf den Tisch zu legen. Der Verdacht wächst, dass die Haushaltskrise dazu benutzt werden soll, Panik zu schüren, um eine gesellschaftliche Zustimmung für einen Kahlschlag und „weniger Staat“ zu erzielen.

Die Positionen der Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen & Linke Liste

- Die Stadtverwaltung muss alle Zahlen offen und in vergleichbarer Form auf den Tisch legen.
- „Die Gemeindefinanzierung muss auf eine solide Basis gestellt werden, weil sonst die kommunalen Investitionen noch weiter einbrechen“, wie am 7.10. 2002 der ver.di-Vorsitzen-

de Bsirske anlässlich der 2. Sitzung der Gemeindefinanzkommission erklärte. Nicht nur Gemeinde- und Städtetage, auch die KommunalpolitikerInnen der in Bund und Land vertretenen Parteien sind für die Gewährleistung einer soliden Gemeindefinanzierung verantwortlich.

- Es ist unerträglich, wenn im stillen Kämmerlein einiger OB-Vertrauter eine „Liste der Grausamkeiten“ ausgearbeitet wird und dann der staunenden Öffentlichkeit präsentiert wird. Es ist unerträglich, wenn Sparüberlegungen in nichtöffentlichen Sitzungen einer Finanzkommission beraten und verhandelt werden, während der Gemeinderat schweigt. Es bedarf einer öffentlichen Debatte über steuer- und finanzpolitische Konzeptionen der Stadt, über Möglichkeiten zur Verbesserung der kommunalen Einnahmen und zur Reduktion der Ausgaben. Und darüber, welche städtischen Aufgaben unverzichtbar sind und welche Prioritäten bei den anderen Aufgaben anzulegen sind. Die Stadt Freiburg sollte sich hier ein Beispiel nehmen an der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre, wo ein derartiges Verfahren seit Jahren mit Erfolg praktiziert wird.

In Zeiten leerer Kassen ist das Festhalten an teuren prestigeträchtigen Großprojekten (wie z.B. der Erweiterung der NEUEN MESSE) unverantwortlich, jedoch sind Baumaßnahmen zur Sanierung der Schulen und zur Erweiterung des ÖPNV – auch zur Konjunkturstärkung – unverzichtbar. Bei sozial Benachteiligten (Familien, Kinder, Erwerbslose) müssen Kürzungen tabu sein – die Förderung ihrer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bedarf in besonderem Maße kommunaler Fürsorge. Nur wenn auch Wirtschaft, Industrie und Gewerbe mit einem Beitrag zur Bewältigung der Finanzkrise herangezogen werden, kann von Ausgewogenheit gesprochen werden.

Die „Streichliste der Verwaltung“

Es ist erschütternd, wie die Fraktion der Grünen, offensichtlich ohne jegliche Prüfung, erklärt hat, 84 der 85 Vorschlägen der Verwaltung der „Liste der Grausam-

keiten“ zuzustimmen. Sparen kann und darf kein Selbstzweck werden, jeder einzelne Vorschlag muss auf seine positiven wie negativen Auswirkungen hin überprüft werden.

Einige dieser Vorschläge machen tatsächlich Sinn (z.B. häufigere Vermietung von Schulräumen an Dritte, gemeinsame Kantine für Rathaus und Sparkasse, organisatorische Umstrukturierungen in der Stadtverwaltung, die Synergieeffekte ermöglichen, Einführung eines Investitionscontrollings etc.)

Andere Vorschläge müssen in ihren konkreten Auswirkungen überprüft werden, hierzu sind Sachverständige und insbesondere die Betroffenen zu hören (z.B. das Zusammenlegen von Ämtern, von Kantinen etc.)

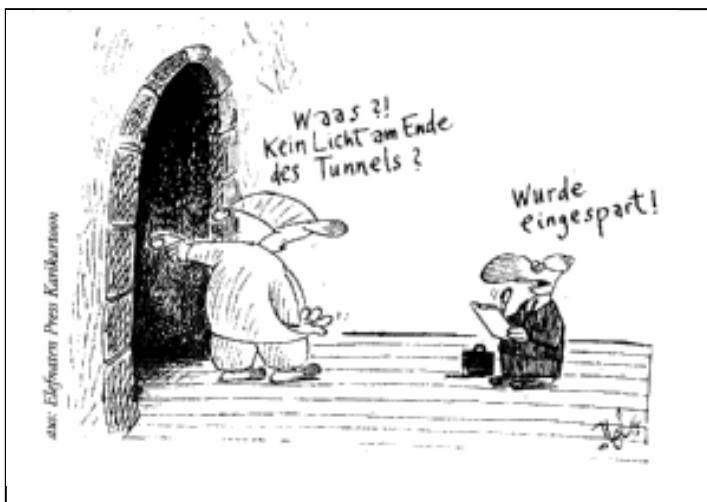
Völlig eindeutig ist, dass die Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen & Linke Liste alle diejenigen Vorschläge ablehnen wird, die die Arbeit von sozialen, kulturellen Initiativen gefährden und wichtige kommunale Aufgaben in Frage stellen. Dies gilt insbesondere für die Ideen, die besonders die sozial Benachteiligten treffen und damit zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben führen werden (z.B. Kürzung der Zuschüsse beim Forum Weingarten-Ost, beim Arbeitslosenpass, beim Mutter/Kind-Projekt, Einführung von Gebühren beim Mundenhof und bei der Stadtbibliothek, aber auch die geplante Schließung von Bädern und Museen)

Vorschläge der Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen & Linke Liste

Die Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen & Linke Liste haben sich natürlich ebenfalls auch Gedanken über mögliche Einnahmeverbesserungen und Einsparungen gemacht. Wir verstehen diese ausdrücklich nicht als Forderungen, sondern als Vorschläge, die wir öffentlich zur Diskussion stellen wollen:

Nachgedacht werden sollte über eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes. Auch wenn dabei die Problematik besteht, dass mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer eher mittelständische Unternehmen belastet werden und nicht die großen Konzerne und Banken. Doch auf kommunalpolitischer Ebene besteht keine andere Möglichkeit, auch die Wirtschaft zur Bewältigung der Finanzkrise heranzuziehen. Und in jedem Falle ist es den Freiburger Betrieben eine zusätzliche Belastung eher zuzumuten als vielen sozialen und kulturellen Initiativen. Eine Erhöhung des Hebesatzes (der seit 11 Jahren nicht mehr erhöht wurde) um 20 auf 420 Punkte würde zu Mehreinnahmen von ca. 3 Mio. Euro führen.

Weiter halten wir die Einführung einer Parkraum-



Bewirtschaftungs-Abgabe für sinnvoll. Mit dieser sollten die Freiburger Betriebe und Geschäfte eine Abgabe für die Bereitstellung öffentlicher Parkplätze leisten, von denen sie ja genauso wie die NutzerInnen profitieren.

Der Name des Dreisamstadions (und ggf. anderer öffentlicher Einrichtungen und Gebäude) könnte verleast werden, d.h. für eine entsprechende Gebühr könnte es für einen bestimmten Zeitraum ein „Breuninger-Stadion“ oder eine „EuropaPark-Messe“ oder ähnliches geben. Erfahrungen zeigen, dass durch solche Maßnahmen jährliche Erlöse in Millionenhöhe zu erzielen sein könnten. Der EHC Freiburg hat solch einen Vorschlag für das Eisstadion selbst ins Gespräch gebracht.

Zivilen Widerstand organisieren

Ein großer Teil der Vorschläge der Stadtverwaltung und der Gemeinderatsmehrheit sind sozial unausgewogen und treffen insbesondere die sozial Benachteiligten. Sie werden dazu beitragen, eine Um-

verteilung von unten nach oben noch weiter voranzutreiben.

Dabei wird versucht, die verschiedenen Interessen der Betroffenen gegeneinander auszuspielen. Auch ein Artikel, wie der von G. Kirk in der BZ vom 2.1.03, der völlig zu Recht darauf hinweist, welche verheerenden Auswirkungen die vorgesehenen Sparmaßnahmen im sozialen Bereich haben werden und aufzeigt, wie wenig nachhaltig diese Sparvorschläge sind, welche Kosten langfristig auf die Stadt zukommen werden, um kurzfristig ein Haushaltsloch zu stopfen, geht hier leider in diese falsche Richtung, in dem er vorgibt, dass lieber bei der Kultur statt im Sozialen gekürzt werden solle.

Die Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen & Linke Liste wird dieses Spiel nicht mitmachen. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt ihren Aufgaben sowohl im kulturellen als auch im sozialen und im Sport- und Schulbereich nachkommen muss.

Zur Lösung der Finanzkrise ist ein grundlegend anderer Weg zu beschreiten.

Und hierfür ist in Freiburg die Organisation zivilen Widerstands und der Solidarität der Betroffenen zu organisieren.

Es ist notwendig, dass die Betroffenen selbst miteinander ins Gespräch kommen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass jede/r Bürger/in und jede/r Steuerzahler/in das Recht hat, selbst Einwendungen gegen den Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung einzubringen. Diese Einwendungen können formlos erfolgen und haben Antragscharakter. Die Frist hierfür läuft bis zum 18. Februar 2003

Nachfragen können gerichtet werden an Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen & Linke Liste, Tel.Nr.: 0761/201-1870 in den Bürozeiten Di 15-18 h, Mi 15.30-18h und Do 14-17h. e-Mail: fraktion-uf-ll@stadt.freiburg.de, Webseite: www.fraktion-uf-ll.de

Vi.S.d.P Martin Klauss, Freiburg

*Die Zahlenangaben für 2002 entstammen der offiziellen Steuerschätzung des BMF vom November 2002

Kerneuropa, Resteuropa, Irak-Kontroverse

Im Vorfeld des EU-Verfassungsbeschlusses: Nizza-Vertrag in Kraft, ‚Avantgarde‘-Positionierung und diesbezügliche Gegenwehr. Selbstzeugnisse.

1. In einer aktuellen Verlautbarung der Bundesregierung vom Montag, 3.2.2003, wird zum Inkrafttreten des Nizza-Vertrags darauf hingewiesen, dass er die nunmehrige Geschäftsgrundlage der Union bildet – bis zum Inkrafttreten der zukünftigen EU-Verfassung in 2004. Diese Verlautbarung, wie auch die sofortige Nutzung dieser nunmehrigen Geschäftsgrundlage (siehe weiter unten zur deutsch-französischen Erklärung anlässlich des 40. Jahrestags des Elysée-Vertrags!), stehen zum einen in direktem Zusammenhang mit der Konsensbildung im EU-Konvent – wie sie im Entwurf des Verfassungsvertrags (vorgelegt im Oktober 2002) zum Ausdruck kam. Beides, Verlautbarung und o. a. Nutzung, stehen außerdem im direkten Zusammenhang mit dem spezifischen außenpolitischen Agieren Deutschlands (und Frankreichs) in der Irak-Kontroverse (dazu ebenfalls weiter unten!).

„Gut zwei Jahre nach dem Europäischen Rat von Nizza ist zum 1. Februar 2003 der dort ausgehandelte Vertrag über die künftige Funktionsweise der Institutionen der Europäischen Union (EU) in Kraft getreten. Er bringt für Kommission, Parlament und Europäischen Rat bedeutsame Veränderungen mit sich ... Der Vertrag von Nizza stellt sicher, dass die Europäische Union auch mit demnächst 25 Mitgliedern funktionsfähig bleibt. Er bildet so lange die ‚Geschäftsgrundlage‘ der Union, bis die Verfassung

der Europäischen Union fertig ist. Derzeit wird im Konvent zur Zukunft Europas unter dem Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing ein Entwurf dieser Verfassung erarbeitet; er soll anschließend in einer etwa ein Jahr lang tagenden Regierungskonferenz der EU-Staaten beraten werden. Der Vertrag von Nizza bringt für alle drei Organe der Union einschneidende Veränderungen mit sich. Die wichtigsten Neuerungen im Überblick:

Europäische Kommission: ein Kommissar pro Land. [...] Die Kommission wird damit künftig 25 ... Mitglieder umfassen. Diese Regelung tritt erst zum 1. November 2004, gut ein halbes Jahr nach der Erweiterung zum 1. Mai 2004, in Kraft.

Europäisches Parlament erhält 732 Mitglieder. [...] ... Deutschland ... entsendet weiterhin 99 Vertreter in die europäische Volksvertretung. Die Größenanpassung wird bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 durchgeführt, die erstmals auch in den neuen Mitgliedsstaaten abgehalten werden.

Ministerrat: Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen. [...] So wird für eine ganz Reihe von Bereichen der Zwang zur Einstimmigkeit bei den Entscheidungen aufgehoben... Für eine Mehrheitsentscheidung müssen dabei zwei Bedingungen erfüllt sein: Einmal müssen 72,27 Prozent der Gesamtstimmen im Rat („qualifizierte Mehrheit“) erreicht wer-

den, und zum anderen muss ein Beschluss auch von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten (künftig also mindestens 13) getragen werden ...

Noch eine dritte Kann-Bestimmung gibt es für Mehrheitsentscheidungen: Fühlt sich ein Land in seinen Bedenken gegen einen Beschluss übergangen, so kann es verlangen, dass die ‚qualifizierte Mehrheit‘ der Stimmen im Rat auch eine Mehrheit der europäischen Bevölkerung repräsentiert – und zwar eine Mehrheit von mindestens 62 Prozent.

„Verstärkte Zusammenarbeit“ wird möglich. Finden sich mindestens acht Mitgliedsländer zusammen, die in einem Politikbereich enger kooperieren wollen als die Gesamtheit der Mitglieder und wollen diese damit der Integration vorangehen, so erhalten sie künftig die Möglichkeit hierfür, ohne auf „Nachzügler“ warten zu müssen. Diese Möglichkeit gilt nicht für den Bereich der Verteidigungspolitik. [...]“.

(Quelle: www.bundesregierung.de – 02.02.2003)

2. In einer ergänzenden Verlautbarung des Auswärtigen Amts finden sich weitere Konkretisierungen zu diesen vorgenannten Neuerungen. Sie machen insbesondere das spezifische Interesse an der Nutzung der jetzigen Übergangsphase (Noch-EG-Vertrag) für die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Verfassungsordnung (EU-Vertrag) deutlich:

„Mit dem Vertrag von Nizza bereitet sich

die Europäische Union für die Aufnahme der Beitrittsländer vor. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten sich in Nizza im Jahre 2000 auf einen tragfähigen Kompromiss geeinigt, der die Integrationsfähigkeit in der Union auch während der kommenden Erweiterungsphase erhält und die Legitimität ihrer Entscheidungen stärkt. Damit hat die alte Europäische Union das Tor zur neuen Europäischen Union aufgestoßen...

Mehr Integration durch Mehrheitsentscheidungen. Der Vertrag von Nizza bringt mehr Integration.

Das nationale Vetorecht ist bei einer Reihe wichtiger Entscheidungen abgeschafft worden. Für andere Bereiche ist der Fahrplan, nach dem künftig zu Mehrheitsentscheidungen übergegangen wird, bereits festgelegt – so bei den Struktur- und Kohäsionsfonds und in der Asylpolitik. Es gibt auch in der Regel kein Vetorecht mehr, wenn eine Gruppe von Staaten mit einem integrationspolitischen Projekt zunächst einmal vorangehen will – die verstärkte Zusammenarbeit kann nun ihre besondere Dynamik entfalten. Die Rolle des Kommissionspräsidenten ist deutlich gestärkt worden. Er kann in Zukunft stärker Impulse geben und sie deutlicher politisch vermitteln – auch dies ein Plus für die Integration.

Stärkere Legitimation. Der Vertrag von Nizza stärkt die Legitimation der EU-Entscheidungen. Die Stimmengewichtung im Rat wird deutlicher an die Bevölkerungsgröße der einzelnen Mitgliedsstaaten angepasst, die Sitzverteilung im Europäischen Parlament ebenfalls. Die Stellung des Europäischen Parlaments wird deutlich gestärkt: sein Klagegericht vor dem Europäischen Gerichtshof wird ausgeweitet, es erhält die Mitentscheidung in mehr Bereichen als bisher.

Wirksamwerden der Reformen. Ein Teil der im Vertrag von Nizza vorgesehenen Reformen wird sofort wirksam (u.a. Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, Stärkung der Stellung des Kommissionspräsidenten, vereinfachte Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit, gestärkte Befugnisse des Europäischen Parlaments), andere Reformen werden erst später wirksam (Stimmengewichtung im Rat: 1.1.2005, Sitzverteilung im Europäischen Parlament: Wahl 2004, Größe und Zusammensetzung der Kommission: November 2004).

Zu den Reformen, die sofort wirksam werden, gehören:

Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Industriepolitik, bei der Freizügigkeit, bei den Regeln des Struktur- und Kohäsionsfonds (zum Teil zeitlich verzögert, noch nicht für die Finanzperiode 2007-2013), in Bereichen der Justiz- und Innenpolitik, bei der gemeinsamen Außenhandelspolitik, in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten;

Abschluss internationaler Übereinkommen), bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten.

Verstärkte Zusammenarbeit:

EG-Vertrag: keine Vetomöglichkeit einzelner Staaten mehr im Rat, allerdings Möglichkeit eines Mitgliedstaates, Vorschlag an den Europäischen Rat zu verweisen. Mindestteilnehmerzahl bleibt trotz demnächst höherer Zahl von Mitgliedstaaten bei 8.

EU-Vertrag: Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit auch im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (militärische und verteidigungspolitische Fragen sind ausgenommen), hier allerdings Vetomöglichkeit eines EU-Mitgliedstaates (Rat kann dann nur mit qualifizierter Mehrheit verlangen, dass Frage zur einstimmigen Beschlussfassung dem Europäischen Rat überwiesen wird).

Größere Befugnisse für den Kommissionspräsidenten: Er regelt insbesondere die Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Kommission und kann diese auch während einer Amtsperiode verändern. Die Kommissare führen ihre Geschäfte unter seiner Aufsicht. Mit Billigung des Kollegiums kann er den Rücktritt einzelner Kommissare herbeiführen. Mit Billigung des Kollegiums ernennt er einen Vizepräsidenten“.

(Quelle: www.auswaertiges-amt.de – Februar 2003)

3. Die ‚Gemeinsame [deutsch-französische] Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags‘ (22.1.2003) ist erkennbar abgestellt auf den neuen Handlungsspielraum, der sich jetzt auf Grundlage des Nizza-Vertrags in Sachen ‚verstärkter Zusammenarbeit‘ bietet. Das hier zugrundeliegende Selbstverständnis ist längst formuliert worden: Zum einen in der Berliner Fischer-Rede am 12. Mai 2000 („Avantgarde, Gravitationszentrum“). Und zum andern in der Chirac-Rede am 27. Juni 2000 („Avantgarde-Gruppe/groupe pionnier“) vor dem Plenum des Deutschen Bundestags. Besonders bemerkenswert war hier die Bereitschaft zur Überordnung einer bilateralen ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ über den existierenden EG/EU-Kontext: Chirac zufolge sollte diese ‚groupe pionnier‘ „notfalls auch außerhalb der [diesbezüglichen/Red.] Verträge handeln“.

Die deutsch-französische Freundschaft im Dienste einer gemeinsamen Verantwortung für Europa. [...].

2. Deutschland und Frankreich, Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft, haben als Motor gewirkt und besonders in den letzten zwanzig Jahren Impulse für die großen Fortschritte beim Aufbau Europas gegeben... Sie wollen weiterhin eine treibende Kraft sein, die Vorschläge einbringt und ihre Partner mitziehen kann, ohne diesen etwas aufzuzwingen. [...].

5. Nach 40 Jahren haben sich die Rah-

menbedingungen der deutsch-französischen Partnerschaft wesentlich verändert. Das Ende des kalten Krieges und die Einigung Deutschlands haben die Wiedervereinigung Europas eingeleitet. Die Verbindung der EU-Erweiterung mit der Gestaltung einer gemeinsamen Verfassung stellt unsere beiden Länder vor große Herausforderungen... Wir sind deshalb entschlossen, eine neue Etappe der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern in Angriff zu nehmen. [...].

9. Wir sind entschlossen, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik [GASP] der Europäischen Union und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine neue Qualität zu verleihen, um die Europäische Union in die Lage zu versetzen, ihre Rolle in der Welt voll und ganz gerecht zu werden und weltweit Freiheit, Frieden und Demokratie in Übereinstimmung mit ihren Werten zu fördern. Wir schlagen die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion vor, die der Solidarität und gemeinsamen Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten konkrete Gestalt und Wirksamkeit verleiht und auch zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz beitragen soll...

[...].

35. ...Wir sind entschlossen, unserer Raumfahrtzusammenarbeit insbesondere im Bereich der Trägerraketen neue Impulse zu geben...

36. Die deutsch-französischen Gipfeltreffen werden die Form eines Deutsch-Französischen Ministerrates annehmen. Dieser wird...die Koordinierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf höchster Ebene sowie die Nacharbeit zu ihrer Umsetzung in den vorrangigen Handlungsfeldern sicherstellen...

37. Der Deutsch-Französische Sicherheits- und Verteidigungsrat und sein Komitee werden anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrates abgehalten. [...].

41. In jedem Land wird ein Beauftragter (Generalsekretär) für die deutsch-französische Zusammenarbeit geschaffen. Diese hochrangige Persönlichkeit wird persönlich beim Bundeskanzler / beim Premierminister angesiedelt und über geeignet Strukturen im Außenministerium verfügen. Der Beauftragte koordiniert die Vorbereitung, Durchführung und weitere Behandlung der Beschlüsse der politischen Abstimmungsgremien und die Annäherung unserer beiden Länder in den europäischen Gremien... Der Beauftragte... nimmt am Deutsch-Französischen Ministerrat teil. Er ist Vorsitzender der interministeriellen Kommission für die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern“.

(Quelle: www.bundesregierung.de – 22.01.2003)

„40 Jahre Elysée-Vertrag: ‚Motor‘ – aber auch Herz Europas!“ (Namensbeitrag des Bundeskanzler Gerhard Schröder am 22.01.2003 in der ‚Berliner Zeitung‘ und in der französischen Tageszeitung ‚Libé-

ration): „[...] Für die Zukunft geht es darum, die deutsch-französische Freundschaft weiter auszubauen, indem wir einerseits den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft noch intensiver betreiben und gemeinsame Lösungen suchen... Deutschland und Frankreich stehen im Zentrum der dringenden, und dringend notwendigen, Bemühungen einer wirklich gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik: Die europäische Eingreiftruppe ist dafür nur ein aktueller Beleg. In den Krisen um Terrorismus, Irak und Nordkorea können sich unsere Völker darauf verlassen, dass die Regierungen Deutschlands und Frankreichs gemeinsam ihre Kräfte und Initiativen bündeln, um den Frieden zu erhalten, Krieg zu vermeiden und die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten.

Das zweite Element bei der Aufgabe gemeinsamer Zukunftsgestaltung, wie wir sie uns im Elysée-Vertrag aufgegeben haben, ist die weitere Vertiefung des geeinten Europas. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass eine größere Europäische Union auch politisch führbar und handlungsfähig bleibt. Dafür haben wir mit unserer gemeinsamen Initiative für den Europäischen [Verfassungs-]Konvent einen guten Vorschlag zur Reform der europäischen Institutionen vorgelegt: Der deutsch-französische ‚Motor‘ läuft...“.

(Quelle: www.bundesregierung.de – 22.01.2003)

Frankreich und Deutschland legen Vorschläge für die Reform der Europäischen Union vor: „Künftig soll ein Präsident der Europäischen Kommission sowie ein Präsident des Europäischen Rates gewählt werden. Damit hätte die Europäische Union eine Doppelspitze... Deutschland akzeptierte einen Vorschlag Frankreichs, nach dem der Präsident des Europäischen Rates vom Rat selbst mit qualifizierter Mehrheit für zweieinhalb oder fünf Jahre gewählt wird. Damit wird die halbjährige Rotation in der Präsidentschaft überwunden.

Der Präsident der Europäischen Kommission soll künftig vom Europäischen Parlament gewählt werden. Dies ist ein deutscher Vorschlag, der von Frankreich akzeptiert wurde... [..]. Fischer würdigte diesen Kompromiss: ‚Ich hätte mir zwar eine starke Spitze an der EU gewünscht, einen Präsidenten, der Europa repräsentiert...‘ Aber in der Europäischen Union komme es darauf an, tragfähige Kompromisse zu erarbeiten, die von allen Mitgliedsländern getragen werden, resümierte der Außenminister.

Außerdem haben sich Frankreich und Deutschland auf einen europäischen Außenminister geeinigt...

Wichtig ist auch der Vorschlag, in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) künftig mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden. Dies sei eine alte, deutsche Forderung, erläuterte Fischer. Bisher gilt hier das Veto recht... [..].

Alle Vorschläge haben Deutschland und Frankreich dem Präsidenten des [Verfassungs-]Konvents zur Zukunft Europas in einem Brief vorgestellt. Der Konvent kann nun über die deutsch-französischen Vorstellungen diskutieren...“.

(Quelle: www.bundesregierung.de – 15.01.2003)

4. Aus Verlautbarungen von britischer Seite wird deutlich, dass man im EU-Verfassungskonvent vor allem hinwirken wollte bzw. hinwirken will auf die konstitutionelle Verankerung von Bestandsgarantien für die Nationalstaaten (und Nationalparlamente) sowie auf die diesbezügliche Abgrenzung der Unionskompetenzen gegen die nationalstaatlichen Kompetenzen. Dieser Position liegt das Prinzip der Gleichstellung aller EU-Mitgliedstaaten zugrunde. Damit geht einher das Festhalten am Konsensfindungszwang, d. h. am Prinzip der Einstimmigkeit in vitalen nationalstaatlichen Fragen. Hier hat daher der entsprechende Gedanke von der Aufrechterhaltung des Veto-Rechts bzw. der Ablehnung von Mehrheitsentscheidungen seinen Platz. Aus den Verlautbarungen wird außerdem deutlich, dass man nicht wirklich eingestellt war auf die Art und Weise des deutsch-französischen Umgangs mit der Konsensbildung im EU-Verfassungskonvent – wie sie sich sukzessive entwickelt hat vom Spätsommer 2002 bis hinein in den Januar 2003.

The Guardian/29. Oktober 2002 – Spezialbericht: Großbritannien und die EU. Giscard lüftet den Schleier über dem Vertragsentwurf für das ‚Vereinigte Europa‘: „...Tony Blair äußerte vorsichtige Zustimmung zum Entwurf... Der Premierminister sagte – mit deutlicher Betonung des Positiven, Herrn Giscard’s Vorschläge machten klar, dass ‚Europa zusammenwirken soll als Zusammenschluss von Europäischen Staaten, nicht aber als föderativer Superstaat‘. [..]. Britische Offizielle begrüßten insbesondere den vorgeschlagenen Artikel 8, der den Vorrang der Nationalstaaten klar herausstellt. Dieser Artikel stellt u. a. fest: ‚Alle der Union nicht durch die Verfassung zugewiesenen Zuständigkeiten verbleiben bei den Mitgliedstaaten‘. Herrn Giscard’s Text ist zwar erst ein skizzenhafter Entwurf, der nur kurze Kapitelüberschriften für den Verfassungsvertrag enthält ... Aber nichts desto trotz liefert er eine klare Vorstellung von der Richtung, in die es gehen soll, wenn die endgültige Abfassung im nächsten Sommer veröffentlicht wird“.

(Quelle: <http://politics.guardian.co.uk/eu/Story-29.20.2002>, eigene Übers.)

The Guardian/4. Januar 2003 – Spezialbericht: Großbritannien und die EU. Minister sind zuversichtlich, dass sie in Sachen EU-Reformen Erfolg haben werden. „Die Minister sind zunehmend sicher, dass Großbritannien den doppelten Kraftakt erfolgreich zuwege bringen

kann: Einerseits mit Frankreich zusammenzuarbeiten in Sachen Reform der EU-Institutionen und andererseits mit Deutschland zusammenzuwirken gegen den französischen Widerstand in Sachen EU-Ausgaben. Dennoch klingelten in Whitehall die Alarmglocken in Anbetracht dessen, dass Kanzler Gerhard Schröder von Deutschland und Jacques Chirac, der Präsident von Frankreich, sich – bei ihrem Treffen in diesem Monat wegen der 40-Jahrfeier zur Deutsch-Französischen Aussöhnung – [mithilfe wechselseitiger Kompromisse/Red.] eine entsprechende Übereinkunft ausformen könnten.

Im persönlichen Gespräch hat Tony Blair gegenüber Verbündeten geäußert, dass die Verhandlungen um die EU-Reform im Verfassungskonvent langfristig sogar eine größere Bedeutung für Großbritannien haben als etwa der sich abzeichnende Krieg mit Irak. Valéry Giscard d’Estaing soll laut Plan seinen EU-Verfassungsentwurf bis Ostern fertiggestellt haben. Zeitlich ausreichend für die nationalstaatlichen Führungen, um ihn dann für den EU-Gipfel im Juni in Thessaloniki durchzuarbeiten und bereitzustellen.

[..].

Die Minister, die an diesen Verhandlungen direkt teilnehmen...bleiben aber weiterhin ganz „locker“: Sie gehen fest davon aus, dass den britischen Hauptanliegen Rechnung getragen wird. Mr. MacShane ...war sogar so selbstsicher bzw. keck, dass er Joschka Fischer – Deutschlands grünen Außenminister – öffentlich davor warnte, weiterhin Druck auszuüben mit seinem Plan der Zusammenlegung der Ämter des Ministerpräsidenten und des EU-Kommissionspräsidenten. Die Charakterisierung dieses Fischer-Plans durch den Minister [MacShane] – als einen Plan zur Einführung eines übermächtigen ‚Kaisers‘, der schließlich enden könnte durch Entthronung, wie seinerzeit König Karl I. – hat in Berlin allerhand Entrüstung hervorgerufen. Aber – das britische Außenministerium stützte Mr. MacShanes Feststellungen...

(Quelle: <http://politics.guardian.co.uk/eu/Story-04.01..2003>, eigene Übers.)

The Guardian/21. Januar 2003 – Chirac zieht Deutschland in die Umarmung: „Jacques Chirac ließ keine Unklarheit aufkommen über seine Absichten hinsichtlich der gestern wiederbelebten Französisch-Deutschen Allianz als er feststellte, sie würde der ‚Motor‘ sein für die ‚Neubegründung des Europäischen Projekts‘. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum 40. Jahrestag des Elysée-Freundschaftsvertrags (1963) teilte Chirac den Interviewern mit, dass die beiden Länder ihre Beziehung sogar noch weitreichender ausgestalten sollten – und zwar bis zu dem Punkt, wo unsere zwei Kulturen sich so sehr annähern, dass sie schließlich eine wirkliche Vereinigung

darstellen'. Die Jahrestagfeier...geht einher mit einer dramatischen Wiederbelebung der Beziehung beider Staaten...". (Quelle: <http://politics.guardian.co.uk/eu/Story-21.01.2003>, eigene Übers.)

The Guardian/30. Januar 2003 – Spezialbericht: „Blair verdeutlicht die Haltung des Vereinigten Königreichs in Sachen EU-Reform“: „Tony Blair wird heute Valéry Giscard d'Estaing treffen... Es wird erwartet, dass der Premierminister umreißt, was er zugestehen wird hinsichtlich der weiteren Europäischen Integration – und was nicht. Es sind Spekulationen darüber aufgekommen, dass er seine Bereitschaft signalisieren wird, folgende Punkte zu akzeptieren: Eine Ausweitung des Prinzips der Mehrheitsentscheidung in der Außenpolitik, die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission durch die Mitglieder des Europäischen Parlaments und das Konzept der Herausbildung eines Diplomatischen Dienstes der EU.

Peter Hain – der Regierungsbeauftragte im Verfassungskonvent – räumte gegenüber der Zeitung ‚Financial Times‘ ein, dass Großbritannien einiges politisches Terrain aufgegeben hat: „Wir haben bemerkenswerte Fortschritte gemacht; aber deswegen, weil diese Arbeit am Verfassungsentwurf immer ausgerichtet war auf die Herbeiführung von Konsens und darauf, den Weg frei zu machen für einvernehmliche Lösungen strittiger Punkte‘. [...]“ (Quelle: <http://politics.guardian.co.uk/eu/Story-30.01.2003>, eigene Übers.)

5. Die Ingangsetzung einer „verstärkten Zusammenarbeit“ zwischen Deutschland und Frankreich mit Inkrafttreten des Nizza-Vertrags am 1. Februar konnte schwerlich begriffen werden als Unter-

stützung der konsensorientierten Arbeit des EU-Verfassungskonvents. Eher musste zwangsläufig der Eindruck entstehen, dass diese Ingangsetzung eine bewusste Reaktion darstellt auf den erreichten Stand der verfassungsgebenden Debatte und ihrer bisherigen Resultate. Für diejenigen Konvents-Teilnehmerstaaten, die an der erreichten Kultur des Umgangs miteinander festhalten wollten, musste sich die Sache insofern so darstellen – dass sie nunmehr selber zur Reaktion aufgerufen waren! Hier, gegenüber der „Achse Berlin-Paris“, lag dann die Rückversicherung in Richtung NATO („pro USA“) ziemlich nahebei...

The Guardian/ 31. Januar 2003 – „Ost versus West“: „Der tschechische Stellvertretende Außenminister, Sasha Vondra, erhielt in der letzten Woche einen Anruf von einem deutschen Journalisten. Vor dem Hintergrund dessen, dass sich Berlin auf Opposition zum Krieg im Irak verlegt hat und in Anbetracht dessen, dass Prag soeben beschlossen hatte, seine ABC-Abwehrtruppe gegen Saddam Hussein einzusetzen, wollte das Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘ von ihm wissen, warum die Tschechen mit der – wie es das Magazin nannte: – „europäischen“ Position in der Irak-Frage nicht übereinstimmen.

Mr. Vondra ist ein stiller, zurückhaltender Mensch – nicht leicht in Rage zu bringen. Aber die Unverschämtheit des deutschen Reporters ging ihm unter die Haut. Seine Antwort lautete, dass Deutschland – nicht die Tschechen – in der Irak-Frage isoliert sei. ‚Es gibt sie nicht – die eine europäische Sichtweise‘, stellte er fest. ‚Es gibt eine britische Position, eine deutsche Position, eine französische Position und so weiter und so fort.‘ [...].

Die tschechische und polnische Entscheidung, für die US-Seite Partei zu ergreifen, ging einher mit dem Französisch-Deutschen Gipfel in Versailles. [...] Mr. Vondra wollte wissen, ob Chirac angeboten habe, Deutschland unter Frankreichs Atomschirm zu nehmen...? Dies sind diejenigen Sorten von politischen Entwicklungen, die Osteuropäern Schauer einjagen...

„Wir Tschechen und Polen“, sagte Mr. Vondra, „sind froh, dass amerikanische Soldaten in Frankfurt/M. stationiert sind. Es würde mich beunruhigen, wenn sie nicht dort wären.“ [...]“ (Quelle: <http://politics.guardian.co.uk/eu/Story-31.01.2003>, eigene Übers.)

Süddeutsche Zeitung/7. Februar 2003 – „Anschmiegen an die Amerikaner“: „Konsequenzen hat die atlantische Positionierung der Osteuropäer aber auch für die EU. Der ‚Brief der Acht‘ [Großbritannien, Spanien, Portugal, Italien, Dänemark, Polen, Ungarn, Tschechische Republik/Red.] und die ‚Erklärung der Zehn‘ [Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Albanien, Kroatien, Mazedonien/Red.] offenbaren neue Mehrheitsverhältnisse im neuen Europa. Nach der Erweiterung im Jahre 2004 soll die EU 25 Mitglieder haben. 13 davon zählen zu den Signataren einer der beiden pro-amerikanischen Papiere. Mit ihrer Haltung im Irak-Konflikt sind Deutschland und Frankreich in eine Minderheitenposition geraten [...]“ (Quelle: www.sueddeutsche.de – 07.03.2003)

Siehe als zusätzliche Quelle: The European Convention – The Secretariat. Brussels, 28 October 2002, CONV 369/02 – Preliminary draft Constitutional Treaty (engl. Fassung); Europäischer Konvent – Das Sekretariat. Brüssel, den 6. Februar 2003, CONV 528/03 – Entwurf der Artikel 1 bis 16 des Verfassungsvertrags.

Zusammenstellung und Kommentar: huh

IN UND BEI
DER PDS

PDS will das Solidarsystem erhalten. In einem Arbeitskreis Soziale Sicherungssysteme präzisiert die PDS momentan ihre Vorstellungen vom Umbau des Gesundheitswesens. Sie sollen spätestens im November 2003 Gegenstand einer sozialpolitischen Konferenz sein.

Grundlage der PDS-Überlegungen sei es, innerhalb des solidarisch finanzierten Gesundheitssystems Veränderungen vorzunehmen, anstatt es zu Gunsten privat finanzierter Leistungen oder einer kapitalgedeckten Vorsorge wie beim Umbau des Rentensystems zu verlassen, so die stellvertretende PDS-Vorsitzende Heidemarie Lüth gestern in Berlin. Sie nannte als weitere wichtige Ausgangspunkte die Wertschöpfungsabgabe, mit deren Hilfe eine gerechte Beteiligung prosperierender Unternehmen an den Gesundheitskosten erreicht werden solle, die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sowie die Er-

weiterung der Beitragsbemessungsgrundlage. Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch hält es für problematisch, dass in der Gesundheitsdebatte immer nur über die Ausgaben gesprochen werde und in der Rürup-Kommission im wesentlichen Ökonomen sitzen. Löttsch will auch über die GKV-Einnahmen diskutieren, die sich durch Arbeitslosigkeit, Hartz-Gesetze und die Übernahme versicherungsfremder Leistungen verringern. Zu den Rationalisierungs-Reserven im System zählt sie die Verabschiedung einer Positivliste für Arzneimittel. (...) Sie schlägt weiter vor, mehr auf die Prävention zu setzen und damit möglichst in Kindergärten und Schulen zu beginnen. Es sei ein Vorurteil, so die Philologin, dass die Menschen immer älter würden und daher immer mehr Kosten verursachten. Untersuchungen belegten, dass Menschen in den letzten Jahren vor ihrem Tod besonders finanzintensive Behandlung benötigten – egal, wie alt sie seien. Ebenso oft werde als

Ursache für hohe Gesundheitsausgaben auch der medizinische Fortschritt bemüht. Doch durch den würden nicht nur Kosten verursacht, sondern auch solche gespart.

In ihrer Gesundheitskampagne will sich die PDS auch für die Erhaltung und den Ausbau von Gesundheitszentren nach dem Vorbild der Polikliniken in den Ost-Bundesländern einsetzen. (...)

Zum Arbeitskreis Soziale Sicherungssysteme gehören die Sprecherinnen der PDS-Landtagsfraktionen, Bundestagsabgeordnete der vorigen Wahlperiode, die stellvertretende Parteivorsitzende Heidemarie Lüth, PDS-Gesundheitsministerin Marianne Linke (Mecklenburg-Vorpommern), PDS-Gesundheitsministerin Heidi Knake-Werner (Berlin) sowie deren Staatssekretäre. Zu den Beratungen werden Praktiker aus dem Gesundheitsbereich und Sachverständige hinzugezogen, darunter der Bremer Wissenschaftler Rudolf Hickel. Von Silvia Ottow, ND, 11.2.2003

21. / 22. Februar, Frankfurt: *Flächentarifvertrag - Verbtriebli-
chung & Vermarktlichung.* Freitag 17.00-21.00 Uhr, Samstag
9.00-16.00 Uhr. Konferenz von WISSENTTransfer in Zu-
sammenarbeit mit dem Funktionsbereich Tarifpolitik der IG
Metall. Es geht um eine der möglicherweise entscheidenden
Weichenstellungen auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im
Herbst 2003. Themen und ReferentInnen (angefragt): Betriebs-
nahe Gewerkschaftspolitik gestern und heute (O. Negt, J. Berg-
mann); Differenzierung und Zweistufigkeit des Flächentarif-
vertrages (J. Peters); Tarifsyste in Europa (T. Schulten); Po-
diumsdiskussion über ökonomische, arbeitspolitische, arbeits-
rechtliche und gewerkschaftsstrategische Aspekte: K.G. Zinn
(RWTH Aachen), D. Sauer (ISF-München), U. Zachert (HWP-
HH), R. Bispinck (WSI) und H. Wagner (IGM-Vorstandsver-
waltung). Infos/Anmeldung: WISSENTTransfer (Wissenschaft-
liche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschafts-
politik), c/o Richard Detje, Lange Koppel 120, 22926 Ahrens-
burg, Tel. 0172/4347575, buero@wissentransfer.info, www.wis-
senttransfer.info www.WISSENTTransfer.info Büro WISSEN-
Transfer

28. Februar bis 1. März, Loccum: Loccumer Tagung: *Alternativ
Arbeiten und Wirtschaften.* Kassel-Fuldatal, Reinhardswald-
schule, Jahrestagung der Loccumer Initiative Kritischer Wis-
senschaftlerInnen über soziale und demokratische Formen des
Arbeitens und Wirtschaftens in internationaler Perspektive.
„Formen alternativen Arbeitens und Wirtschaftens, wie sie in
der Bundesrepublik seit den 70er Jahren erprobt werden, fin-
den eher unbemerkt in gesellschaftlichen Nischen statt und ha-
ben bisher keine nachhaltigen Impulse geben können. Eine Ver-
breitung der theoretischen Diskussion über praktikable Alter-
nativen zu den vorherrschenden wirtschaftlichen Paradigmen
hat bisher nicht stattgefunden.“ TeilnehmerInnen sind u.a.: Mi-
chael Krätke, Irmtraud Schlosser, Clarita
Müller-Plantenberg, Elisabeth Voß und
Waldemar Schindowski. Anmeldung:
www.gfp-linkloc.de
loccumer.initiative@gmx.de

2. März: *Kommunalwahlen in Schleswig-
Holstein*

21. März: Europaweiter Aktionstag des
Europäischen Gewerkschaftsbundes
(EGB) zur *Aufklärung über das GATS*

22. März, Hannover: Regionale Basiskon-
ferenz der PDS-Landesverbände Nordr-
hein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-
Anhalt, Bremen

22./23. März, Prag: Internationale Konfe-
renz: „Wir alle brauchen eine dauerhafte
und sichere Friedensordnung in Europa“.
Veranstalterin: Tschechische Friedensge-
sellschaft. Näheres in den Deutsch-Tsche-
chischen Nachrichten. Anmeldung über
eMail: czechpeace@volny.cz

28.-30. März, Frankfurt: *IPPNW-Mitglie-
dersammlung*, Frankfurter Bürgertreff
Gutleut. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10,
10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax:
030/6938166. E-Mail: ippnw@ippnw.de
Internet: http://www.ippnw.de

5. April, Nürnberg oder Gera: *Regionale
Basiskonferenz* der PDS-Landesverbände
Bayern, Sachsen, Thüringen

26./27. April, Fulda: *Jahresversammlung
des Forums Kommunistischer Arbeitsge-
meinschaften*

10. Mai, Rostock: *Regionale Basiskonferenz der PDS-Landes-
verbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig
Holstein*

24. Mai, Berlin oder Potsdam: *Regionale Basiskonferenz der
PDS-Landesverbände Berlin, Brandenburg*

25. Mai, Bremen: *Bürgerschaftswahlen*

1.-3. Juni 2003, Evian: *G7/G8 Gipfel* in Evian, Frankreich

7.-10. August, Sondershausen: *Linke Sommerschule* der ArGe
Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung

21. September, Bayern: *Landtagswahlen*

Herbst 2003, Brandenburg: *Kommunalwahlen*

13. Juni 2004: *Europawahlen, vorauss. Kommunalwahl BaWü*

15. Februar Europaweiter Aktionstag gegen den Krieg

Wir demonstrieren an diesem Tag in den Hauptstädten unseres
Kontinents für den Aufbau einer anderen Welt:
"Eine Welt der Gleichheit, sozialer Rechte und Achtung der
Verschiedenheiten;
eine Welt, in der das Recht auf Bildung, einen anständigen
Arbeitsplatz, Gesundheitsversorgung und Wohnung für alle gilt; in
der Armut, Sexismus, Frauenunterdrückung und Rassismus kei-
nen Platz haben. Eine Welt, in der Menschen vor Profit gehen.
Eine Welt ohne Kriege."
(Aus der Abschlusserklärung des Europäischen Sozialforums,
Florenz, 9. November 2002)

no war on iraq

Die US-Regierung hält an ihren Plänen für einen groß angelegten Angriffskrieg gegen den Irak fest. Die
Bundesregierung hat versprochen, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen. Die aktuellen Erklärungen und
Handlungen lassen hingegen Zweifel daran aufkommen.

Wir sagen NEIN zu diesem Krieg!

Ein neuer Golfkrieg bringt der irakischen Bevölkerung, die unter dem
Embargo bittere Not und Hunger leidet und durch das diktatorische
Regime Saddams Husseins unterdrückt wird, noch mehr Elend, weite-
re Tausende Tote und die Zerstörung von Städten und Infrastruktur.
Wir erklären uns solidarisch mit den Menschen im Irak und unterstüt-
zen ihren demokratischen Widerstand gegen Krieg und Diktatur.
Der Krieg bedeutet einen weiteren Schritt zur Globalisierung der mili-
tärlichen Gewalt und verschärft den permanenten Kriegszustand auf
unserem Planeten. Er stellt einen weiteren Angriff der US-Regierung
auf das Völkerrecht dar und besiegelt die neue aggressive US-Strate-
gie des „Präventivkrieges“.
Ganz offensichtlich geht es den Regierungen der USA und Großbri-
tanniens dabei nicht um Menschenrechte und Demokratie, nicht pri-
mär um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder um
angebliche irakische Massenvernichtungswaffen, sondern um politi-
sche und wirtschaftliche Interessen in einer der ökonomischsten Regionen
der Erde.
Nur wenn jetzt der politische Druck auf die US-Regierung und ihre

Verbündeten steigt, kann der Krieg gestoppt werden! Deshalb hat
das Europäische Sozialforum in Florenz für den 15. Februar 2003 zu
einem Aktionstag gegen den Krieg aufgerufen, bei dem europaweit
Millionen von Menschen demonstrieren werden.
Wir fordern von der Bundesregierung alle politischen Mittel zu nut-
zen, um sich dem Krieg entgegen zu stellen. Wir fordern sie auf,
ihre Ablehnung des Krieges nun auch Taten folgen zu lassen und
die Fuchs-Spürpanzer aus Kuwait sowie die Marineeinheiten aus der
Golfregion abzuziehen und den beteiligten Armeen Überflugrechte
und Infrastruktur für den Krieg zu verweigern. Jegliche Unterstützung
(z.B. AWACS) eines solchen Angriffskrieges verstößt gegen deutsches
und internationales Recht.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf:
Beteiligen Sie sich an den vielfältigen Aktionen überall im Land
gegen den Krieg!
Unterstützen Sie die Proteste gegen die Münchner „Sicherheitskon-
ferenz“ der Militärpolitiker und Rüstungsindustrie um den 8. Februar
2003! Und kommen Sie zur bundesweiten Demo nach Berlin!

DEMO in BERLIN

- www.15februar.de -

Trägerkreis (Stand 22.1.03): Achse des Friedens Berlin - Aktionsgemeinschaft Dienst für Frieden e.V. - Attac Deutschland - Bund demokratischer
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V. (BdWi) - bessereweltlinks.de - Bundesausschuss Friedensratschlag - Bund für Soziale Verteidigung -
Deutscher Friedensrat e.V. - DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) - Föderation der Demokratischen Arbeit-
tervereine e.V. (DIDF) - Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. Frankfurt - Friedenskoordination (FRKO) Berlin - Gesellschaft zum Schutz von Bürger-
recht und Menschenwürde e.V. - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) - Gewerkschaftliches Netzwerk gegen den Krieg - IG Metall
Jugend - Internationaler Vernetzungsbund Deutscher Zweig e.V. - Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in
sozialer Verantwortung (IPPNW) - Jugendverband REBELL - Kurdisches Frauen-Friedensbüro - NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung
für Frieden und Zukunftsfähigkeit" e.V. - Netzwerk Friedenskooperative - Ostermarschbüro - Pax Christi - Service Civil International-Deutscher Zweig
e.V. - [solid] die sozialistische jugend - ver.di-Jugend - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)